

## SAMMELBESPRECHUNGEN

### DEMOKRATIETHEORIE

Hubertus Buchstein

#### 1. Einleitung: Demokratisierung der Demokratiethorie?

'Demokratie' ist zur Chiffre der Selbstausslegung westlicher Gesellschaftssysteme geworden. Alt und wohlbekannt ist die Klage, daß Demokratiethorie ein unübersichtliches Geschäft sei, weil das Attribut 'demokratisch' von fast jedem Herrschaftssystem in Anspruch genommen wird. Im Zuge der theoretischen Reaktionen auf die Ereignisse des Jahres 1989 hat eine weitere Expansion des Bedeutungsfeldes stattgefunden. Zum einen sprengen Bestandsaufnahmen der 'Demokratie' immer häufiger den Rahmen der Analyse von Herrschaftsformen und geraten zu generellen Zeitdiagnosen. Die verstärkte Beteiligung von Autorinnen und Autoren, die erst aufgrund eigener Analysen einzelner Politikfelder oder politischer Systeme veranlaßt wurden, sich an der Grundlagendebatte über Demokratie zu beteiligen, ist ein zweites Moment der Öffnung des derzeitigen demokratiethoretischen Diskurses.

Mit den Begriffen der Demokratiethorie gesprochen, könnte man diese beiden Entwicklungen als 'Inklusionen' bezeichnen; die doppelte Inklusionsbewegung hätte dann gleichsam zu einer 'Demokratisierung der Demokratiethorie' geführt. Aus der Geschichte wissen wir, daß demokratische Inklusionen zwar einerseits einen neuen internen Problemdruck erzeugten, sie konnten andererseits aber auch dazu beitragen, bis dato ignorierte gesellschaftspolitische Probleme besser wahrzunehmen und zu bearbeiten.

Die Antwort auf die Frage, inwieweit es einen vergleichbar produktiven Beitrag der Inklusionsbewegung auch auf der theoretischen Ebene gibt, fällt ambivalenter aus. Ich werde im

Durchgang der neueren Literatur zur Demokratiethorie, ausgehend von aktuellen Diagnosen und Zeitdiagnosen (2), den Bogen über Ideengeschichte und Überblicksliteratur (3) zu normativen Ansätzen (4) bis zu verschiedenen institutionenpolitischen Optionen (5) schlagen.

#### 2. Diagnosen und Zeitdiagnosen

An die Stelle der allgemeinen Euphorie über die 'vierte Demokratisierungswelle' zum Jahreswechsel 1989/90 ist Ernüchterung getreten. Die politikwissenschaftliche Debatte um die Zukunft der Demokratie speist sich aus unterschiedlichen Genres. Sie reicht von Analysen der empirischen Demokratieforschung bis zu zeitdiagnostischen Essays.

(a) Die vergleichende Demokratieforschung befaßt sich mit den Funktionsvoraussetzungen, den Differenzen und Gemeinsamkeiten unterschiedlicher demokratischer Systeme sowie mit ihren jeweiligen Vorzügen und Schwächen. Die gegenwärtigen Transformationsprozesse in den Staaten Ost- und Mitteleuropas bieten der vergleichenden Demokratieforschung ein umfassendes Forschungsfeld zur Überprüfung ihrer bisherigen Theorien. Der von *Geoffrey Pridham* und *Tatu Vanhanen* unter dem Titel 'Democratization in Eastern Europe' zusammengestellte Band sucht aus komparativer Perspektive eine Erklärung für den Zusammenbruch der ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts und ihre ersten Demokratisierungsschritte. Näher betrachtet werden Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Die Autoren sind sich bezüglich der Zusammenbruchsursachen und der entscheidenden Faktoren für den demokratischen Neuaufbau bemerkenswert uneinig. Während einige sozioökonomische Indikatoren angeben (*Vanhanen* und *Kimber* gehen soweit, daß man bei einer besseren Auswer-



tung der Statistiken bereits 1980 die Zusammenbrüche hätte prognostizieren müssen), veranschlagen andere Autoren historische Traditionen (so *Michael Waller*), die Persönlichkeit Gorbatschows (so *Tomas Niklasson*), den Einfluß Westeuropas (so *Adrian Hyde-Price*) oder eine singuläre Aneinanderreihung von Zufälligkeiten (so *Paul Lewis et al.* in ihrer Untersuchung der neuen Multiparteiensysteme). Die Unsicherheit in der vergleichenden Demokratieforschung dokumentiert auch der ebenfalls bei Routledge erschienene Sammelband 'Democracy and Democratization' von *Geraint Parry* und *Michael Moran*. Zwei Bewertungen ziehen sich durch fast alle Beiträge hindurch. Zum einen der Pessimismus bezüglich der Stabilität der Demokratisierungsprozesse in Ost- und Mitteleuropa. Zum zweiten eine tiefe Skepsis bezüglich des Nutzens der Ergebnisse der bisherigen vergleichenden Demokratieforschung. So zeigt *Alistair Edwards* in seiner Sichtung der empirischen Literatur zum Demokratievergleich, daß keiner der unterschiedlichen Ansätze es soweit gebracht hat, die kausalen Entwicklungsfaktoren demokratischer Systeme wenigstens so genau herauszuarbeiten, daß sich daraus Empfehlungen für die Politik ableiten ließen. Zum gleichen Ergebnis gelangt *Paul Cammack* in einer Auseinandersetzung mit den behavioralistischen Erklärungsmodellen der Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, die sich sämtlich als empirisch falsch erwiesen hätten. Nimmt man die Befunde der beiden genannten Bücher zusammen, so scheinen die Demokratie und ihre Erfolgsbedingungen auch nach jahrzehntelanger Demokratieforschung ein sozialwissenschaftliches Rätsel geblieben zu sein.

Was diese Unsicherheiten für die sozialwissenschaftliche Politikberatung bedeuten, illustriert ein Memorandum, das unter der Federführung von *Adam Przeworski* herausgegeben wurde. Insgesamt haben sich einundzwanzig Sozialwissenschaftler (unter ihnen *John E. Roemer*, *Philippe C. Schmitter* und *Guillermo O'Donnell*) zusammengefunden, um eine Bestandsaufnahme der politischen und ökonomischen Optionen der neuen Demokratien Osteuropas und Lateinamerikas vorzulegen. Die Empfehlungen des Memorandums mit dem Titel 'Sustainable Democracy' richten sich entschieden gegen den derzeit eingeschlagenen Weg einer 'Modernization via Internationalization'. Die Autoren zeigen sich „alarmed by the antistatist bias of the current reforms“ (12). Die Folgen

der gegenwärtigen Reformstrategie bestünden in der Zunahme sozialer Disparitäten und in dem Verlust nationalstaatlicher Steuerungskapazität. Der durch die Disparitäten erzeugte Legitimationsverlust auf der Input-Seite und der Implementationsverlust auf der Output-Seite bergen zusammen hohe Risiken für die Stabilität der neuen Demokratien. Demokratie, so die Autoren, funktioniere nur mit einem Mindestmaß an Staatlichkeit: „If democracy is to be sustained, the state must guarantee territorial integrity and physical security, it must maintain the conditions necessary for an effective exercise of citizenship“ (12). Sie schlagen ein Reformpaket vor, das eine partielle Abkopplung vom Weltmarkt und wirtschaftliches Wachstum mit der Existenz eines öffentlichen Sektors und sozialer Sicherungssysteme im Rahmen einer Marktwirtschaft verbindet (67-106).

Das Memorandum ist bezüglich der Qualität und Stabilität der neuen Demokratien grundsätzlich pessimistisch. Auffallend ist, daß sich die Autoren in ihren Reformvorschlägen auf Fragen der Wirtschaftspolitik beschränken. Wenig konkret sind die Vorschläge zur Ausgestaltung der politischen Institutionensysteme. Zwar plädieren die Autoren für die Unabhängigkeit der Notenbank (44) – bezüglich der klassischen politikwissenschaftlichen Fragen nach präsidentiellem oder parlamentarischem System, der Rolle des Verfassungsgerichts, Mehrheits- oder Konsensusdemokratie, der Struktur des Parteien- und Verbändesystems usw. bleibt das Buch ohne Empfehlungen. Dies ist umso enttäuschender, als die Autoren nicht müde werden zu betonen, daß 'institutions do matter!'. Was kann die Demokratietheorie und was können Politiker von der vergleichenden Demokratieforschung lernen? Nichts – wenn man dem Eingeständnis der Autoren am Ende ihres Überblicks zu aktuellen Forschungsstand folgt: „While the empirical knowledge of institutional effects is rapidly accumulating, the present state of knowledge is not yet sufficient to foresee which specific institutional arrangements work and last under various historical conditions“ (46). So scheint lediglich ein Glaubenssatz der vergleichenden Demokratieforschung seine Plausibilität nicht verloren zu haben: Demokratien (gleich welcher institutionellen Couleur) sind dann stabil, wenn ein gewisser wirtschaftlicher Wohlstand vorliegt<sup>1</sup>.

(b) Angesichts dieser Sprachlosigkeit der empirischen und vergleichenden Demokratietheorie ist es erklärlich, warum politologische Schriften aus einem ganz anderen Genre, dem der Zeitdiagnose, eine derartige Konjunktur haben. Obgleich man in bezug auf Reformoptionen an die politische Essayistik keine größeren Erwartungen adressieren sollte als an den zu größerer Nüchternheit gehaltenen Wissenschaftsbetrieb, ist sie als Stichwortgeberin für gesellschaftspolitische Reformprozesse nicht zu unterschätzen. Eines dieser Stichworte lautet 'Demokratie in der Globalisierungsfalle'. *Jean-Marie Guéhenno* setzt in seinem Buch 'Das Ende der Demokratie' zunächst am selben Punkt wie *Przeworski et al.* an: „Das Ende der Nation“, so lautet seine Zentralthese, „bringt den Tod der Politik mit sich“ (39). Jede Politik, und damit auch die demokratische Politik, sei nur in einem überschaubaren nationalstaatlichen Rahmen möglich. Ein gewisses Maß an Solidarität der Gesellschaftsmitglieder und wirksame Implementations- und Kontrollmöglichkeiten seien für die Politik und die Institutionen, in denen sie stattfindet, konstitutiv. Diese beiden Komponenten würden durch aktuelle Internationalisierungsprozesse wie die ökonomische Verflechtung, den kulturellen Austausch und den Übergang Europas zu einem postnationalen Staatenbündnis zerstört. Eine Konsequenz hieraus sei die Auflösung der politischen Organisation der Gesellschaft in eine Vielzahl „offener Systeme“ (75). Die „vernetzte Welt“ (89) werde zu einem „Kräftefeld mit Ungleichgewichten“ (89), das nicht mehr von moralischen oder ethischen Prinzipien, sondern ausschließlich von Regeln koordiniert werde, die den Bedürfnissen des internationalen Marktes entsprechen. *Guéhenno* sieht wenig Chancen, dem von ihm ausbreiteten Szenario zu entgehen. Höchstens ließe sich auf europäischer Ebene ein Ansatzpunkt zu einer zwischenzeitlichen Neukonstituierung der Politik finden: „Damit Europa zu einer Nation werden könnte, müßte es ein großes gemeinsames Unglück erleben“ (80). Europa benötige dafür einen „eigenen Feind“ (80), über den es eine politische Identität und damit vielleicht zugleich die Staatlichkeit gewinnen könne. – Auch wenn man als Leser eine geradezu masochistische Freude *Guéhenno* bei der Schilderung seiner Untergangsvision zu spüren meint, ist das Problem, das er anspricht, mit diesem Lektüreindruck nicht erledigt. Wie ist demokratische Politik im Zeit-

alter der Globalisierung möglich? Gibt es eine demokratische Alternative zur internationalen Vernetzung auf der Ebene globaler Wirtschafts- und Bürokratiesysteme? Was sind die Chancen und Bedingungen supranationaler Demokratie?

*Guéhenno*'s These, derzufolge politische Systeme konstitutiv darauf angewiesen seien, sich von einem sie bedrohenden Gegner abgrenzen zu können, wird von *Pascal Bruckner* in 'Die demokratische Melancholie' variiert. Er sieht die Gefährdung der Demokratie in ihrem eigenen Erfolg, der zwangsläufig auch die Bedingungen für ihre Zerstörung schaffe. Die westliche Demokratie habe seit 1989 keinen ernstzunehmenden Feind mehr. Wenn es nicht gelingen sollte, die „Rolle des Buhmanns, des auserwählten Schurkens“ (45) neu zu besetzen – etwa mit dem islamischen Fundamentalismus – werde sie „an ihrem Erfolg, ... unter der lächelnden Maske des Gedeihens“ (174) zusammenbrechen.

Der Gedanke, daß eine politische Ordnung erst aus Bedrohung Stärke gewinnt, ist freilich nicht neu, sondern seit *Machiavelli* Bestandteil des republikanischen Tugenddiskurses. Dieser Zusammenhang zwischen Gefahrenbeschworung und Zukunftshoffnung ist das Thema von zwei Demokratiediagnosen aus den USA. Der im Herbst 1994 verstorbene *Christopher Lasch* bescheinigt in seinem Buch 'The Revolt of the Elites and the Betrayal of Democracy' den Zusammenbruch der demokratischen Öffentlichkeit in den USA. Amerika trete in das Zeitalter einer „absence of institutions that promote general conversation across class lines“ (117) ein. *Lasch* führt drei Motivbündel für diesen Verfall an. Im ersten Punkt konstatiert er die Verabschiedung der amerikanischen Eliten von der Demokratie. Die akademischen und die wirtschaftlichen Eliten seien einst unverzichtbare Teilnehmer der amerikanischen Öffentlichkeit gewesen. Beide hätten sich zugunsten einer „tourist's view“ (6) auf die Gesellschaft und ihre Probleme aus der Politikdebatte verabschiedet. Die wirtschaftlichen Eliten haben sich hinter Stacheldrähten und einer neokonservativen Ideologie verschanzte. Die akademischen Eliten führten in ihrem „artificial environment“ (19) eine derart virtuelle Existenz, daß sie – wie etwa im Postmodernismus – alle Aussagen über gesellschaftliche Realität nur noch als soziale Konstrukte wahrnehmen könnten. Einen zweiten Grund für den Verfall der politischen Öffent-



lichkeit sieht Lasch im Strukturwandel der Medien. Seine Überlegungen sind insbesondere im Zusammenhang neuerer Thesen, denen zufolge die Demokratie in neuen Kommunikationstechnologien wie dem Internet Unterstützung erfahren könne, als Memento erwähnenswert. Lasch zufolge hat das Informationszeitalter keines seiner Versprechungen erfüllt. Es gäbe zwar immer mehr Informationen, gleichzeitig seien die Bürger jedoch immer schlechter informiert, und die politische Beteiligung sinkt: „What democracy requires is vigorous public debate, not information. ... We do not know what we need to know until we ask the right questions, and we can identify the right questions only by subjecting our own ideas about the world to the test of public controversy“ (163).

Als drittes Motiv für den Verfall der politischen Öffentlichkeit führt Lasch den Rückgang von informellen Treffpunkten in den amerikanischen Städten an. In Anschluß an Ray Oldenburg nennt Lasch diese Treffpunkte „third places“ (119 ff.). Sie bestehen aus Cafés, Bars, Gemeindezentren oder Schönheitssalons, und in ihnen werden auf mehr oder weniger informelle Weise auch politische Fragen thematisiert. Die kommunikative Infrastruktur dieser „third places“ zerbrache mit dem Aufkommen der großen Shopping-Malls seit den achtziger Jahren. – *Jean Bethke Elshtain* konzentriert ihre Kritik in 'Democracy on Trial' zunächst auf den Verfall der Zivilgesellschaft, deren familialer Unterbau zerstört und deren Bürger durch den Wohlfahrtsstaat in Klienten verwandelt worden seien. Ebenso bestünden unter den gegenwärtigen Umständen kaum Möglichkeiten, der heranwachsenden Generation die für die Demokratie relevanten sozio-moralischen Kompetenzen zu vermitteln. Konkreter wirft sie der linken Politik der 'Identity-Politics' (etwa der Frauenbewegung und den ethnischen Minoritäten) vor, sie hätte das Verhältnis von privat und öffentlich so nachhaltig durcheinander gebracht, daß die Sensibilität für das allen Gemeinsame und damit 'eigentlich' Öffentliche verloren gegangen sei. Chancen der Revitalisierung der Demokratie sieht sie wenige. Lasch dagegen sieht aus seinem Verfallsbild wenigstens einen Ausweg: Wenn es gelänge, in Amerika eine neue „populist movement“ (101) wie zur Jahrhundertwende auf die Beine zu stellen, könnte sich die amerikanische Demokratie revitalisieren. Blickt man auf das derzeitige politische

Klima in den USA, so sind die Chancen für den von Lasch erhofften 'Linkspopulismus' freilich nicht sehr aussichtsreich.

Zeitdiagnosen sind nicht leicht zu diagnostizieren. Schnell tut man ihnen unrecht. Grobkörnigkeit, Zuspitzung, generelle Kulturkritik und Übertreibung sind ein wesentlicher Bestandteil des Genres. Legt man die vorgelegten Deutungen übereinander, so ergibt sich ein Mix von extern und intern erzeugten Gefährdungsmomenten: der Verlust der Politikfähigkeit des demokratischen Nationalstaates (Guéhenno), eine demokratisch nicht zu bewältigende Überkomplexität moderner Politikgegenstände (Guéhenno), staatsbürgerlicher Privatismus und der Verfall der politischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Elshtain und Lasch) sowie Verlust des Glaubens an die dauernde Lebensfähigkeit von Demokratie (Bruckner). Der Krisenverdacht betrifft sämtliche Ebenen moderner Demokratien: die Staatsbürger, die Institutionen der Demokratie sowie das sozio-ökonomische Umfeld demokratischer Politik.

(c) Nimmt man die Prognosen für die Demokratisierungsprozesse in Ost- und Mitteleuropa mit den Diagnosen der westlichen Demokratien zusammen, verdichten sie sich zu einem demokratischen fin-de-siècle. Die Krisenwahrnehmung Mitte der neunziger Jahre unterscheidet sich wesentlich von der vor fünfundzwanzig Jahren proklamierten „Legitimationsproblemen des Spätkapitalismus“. Der Glaube, daß die Politikwissenschaft Wesentliches zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen könne, ist ebenso verschwunden, wie die utopischen Energien auf seiten der Linken, die den damaligen Demokratisierungshoffnungen die notwendige Antriebskraft verliehen.

### 3. Ideengeschichte und Überblicksliteratur

In neueren ideengeschichtlichen Studien und der Einführungsliteratur deutet hingegen nichts auf eine normative Abwendung von der Demokratie hin. Die politische Ideengeschichte ist das Valium in der Hausapotheke des Politikwissenschaftlers. Nicht daß sie langweilig wäre, im Gegenteil – die Fülle und Vielfältigkeit der politischen Vorstellungen der Vergangenheit fungiert als einzigartiges Labora-

torium heutiger Reflexionen. Gleichwohl geht von der politischen Ideengeschichte eine beruhigende Wirkung aus, da sich aktuelle Krisendiagnosen angesichts ihres langen zeitlichen Horizonts zwangsläufig relativieren und entdramatisieren.

So besteht auch aus Sicht des von *John Dunn* herausgegebenen Sammelbandes 'Democracy – The Unfinished Journey (508 BC to AD 1993)' wenig Veranlassung, angesichts heutiger Probleme in Trübsinn oder Pessimismus zu verfallen. Die Demokratie war schon immer eine gefährdete Ordnung. Der Band ist eine Art Jubiläumsschrift für 2500 Jahre Demokratie (um zu seiner runden Zahl zu kommen, hat Dunn den Beginn der Demokratie auf die Kleisthenischen Reformen in Athen datiert). Man mag bezweifeln, ob es sinnvoll ist, die Demokratievorstellungen der Antike über den gleichen Leisten zu schlagen wie die politischen Vorstellungen in den italienischen Republiken, die der englischen Levellers, die der amerikanischen und französischen Revolution bis zu denjenigen über die neuen politischen Systeme in Mittel- und Osteuropa. Zumindest eines wird mit dieser Perspektivierung aber deutlich: politische Systeme, die institutionell auf die politische Beteiligung ihrer Bürger hin ausgelegt sind, sind voraussetzungsvolle, anspruchsvolle und sich nur begrenzt aus eigenen Kräften reproduzierende Herrschaftsmodelle. Erst vor diesem historischen und ideengeschichtlichen Hintergrund läßt sich Dunn zufolge die „extraordinary fact“ (239), daß die Repräsentativdemokratie heute weitverbreitet ist, angemessen würdigen und lassen sich ihre Probleme – dies sind für Dunn die passenden ökonomischen Randbedingungen, das Problem der Expertise und das neue Verständnis von politischer Gleichheit – im Sinne einer „journey to an unknown destination“ (239) erkennen.

*Zwi Batscha* leistet mit seinem Buch 'Eine Philosophie der Demokratie' einen Beitrag zur Begriffsgeschichte der Demokratie. Er rekonstruiert die politischen Ideen von Thomas G. Masaryk, dem Präsidenten der ersten tschechoslowakischen Republik und setzt ihm hiermit ein beeindruckendes Denkmal als Demokratietheoretiker. Masaryk zufolge bedeutet Demokratie mehr als ein politisches Ordnungssystem; sie ist „eine ganze Anschauung der Welt“ (30), die sich von der Wissenschaftstheorie über die Verfassungstheorie bis zur zwischenmenschlichen Ethik durchzieht. Ma-

saryks Demokratieverständnis hat drei Komponenten. Der begriffliche Ausgangspunkt ist ein weiter und partizipatorischer Demokratiebegriff. Demokratie meint danach die „politische und ökonomische Selbstverwaltung ... der ganzen Bürgerschaft“ (184). Um diese Selbstverwaltung zu ermöglichen, engagierte sich Masaryk insbesondere für eine demokratische Verwaltungsreform (219 ff.) und plädierte für eine assoziative Struktur politischer Organisationen (179 ff.). Zweitens konstruiert Masaryk eine enge Verbindung zwischen Ethik und Politik, da Institutionen allein keine Demokraten hervorbringen. Zur Demokratie müsse man erst erzogen werden (73 ff.). Die Ausfallbürgerschaft für Masaryks Optimismus übernimmt drittens das geschichtsphilosophische Vertrauen auf die Gleichgerichtetheit von Demokratie und den Imperativen moderner Gesellschaften. Demokratie besteht Masaryk zufolge „in der Entfesselung aller Kräfte ... die Demokratie geht wissenschaftlich vor, ihre Taktik ist darum deduktiv, realistisch, empirisch“ (29).

Was aber, wenn diese Annahme der Gleichgerichtetheit von Demokratie und moderner Gesellschaft nicht zutrifft? Masaryk hatte darauf keine Antwort. Wie schwer es der Demokratietheorie grundsätzlich fällt, solche fundamentalen Dissonanzen zu verarbeiten, stellt die ideengeschichtliche Studie 'Die Expansion der Herrschaft' von *Emanuel Richter* heraus. Er interessiert sich für das Verhältnis von 'Raum' und 'Herrschaft' in der Politischen Theorie. Sein Grundgedanke ist so einfach wie überzeugend: Politische Herrschaft in modernen Industriegesellschaften expandiere in zwei Dimensionen, „nicht nur räumlich, sondern auch quantitativ, im Sinne eines dichteren Netzwerkes staatlicher Eingriffe“ (17). Richter führt die fehlende normative Sensibilität für die legitimatorische Brisanz von Komplexität darauf zurück, daß die ideengeschichtlichen Klassiker der Demokratietheorie politische Herrschaftsformen nahezu ausschließlich in der räumlichen Dimension thematisiert haben. Er skizziert nacheinander das Ideal der republikanischen Herrschaft im kleinen Raum bei Montesquieu und Rousseau, das Plädoyer für großräumige politische Einheiten bei Mandeville und den Autoren der Federalist Papers sowie die Überlegungen französischer Revolutionäre und Hegel. Ein Großteil der durch die räumliche Expansion angefallenen Legitimationsprobleme lasse sich Richter zufolge



„föderalistisch abfangen“ (75). Mit Marx und Weber setzt Richter zufolge dann ein „entscheidender Perspektivenwechsel“ (141) ein. Beide begriffen das Ausmaß von Herrschaft im Sinne von Präsenz des Staates in verschiedenen Lebensbereichen. Sie öffneten damit analytisch den Blick für die vertikale Dimension der Regelungsdichte. Nicht nur Marx, sondern auch Weber, so Richters überraschende These, hätten sich, auf gleichwohl unterschiedliche Weise, der konsequenten demokratietheoretischen Durchbuchstabierung dieser Analysedimension verschlossen.

Für den letzten ideengeschichtlichen Schritt hat Richter das Duo Carl Schmitt und Niklas Luhmann ausgewählt. Trotz unterschiedlicher Bewertung – Schmitt mit wortreichem Bedauern, Luhmann im Gestus des nüchternen Beobachters – ist beiden der Befund einer „verlorenen Autonomie des Staates“ (172) gemeinsam. Und beide, so Richter weiter, „hinterlassen auf je ihre Weise eine demokratietheoretische Ratlosigkeit“ (172), da sie keine Vorschläge anböten, wie sich die vertikale Expansion der Herrschaft demokratisch bändigen ließe. Nun ist Richter nicht angetreten, uns von dieser Ratlosigkeit zu erlösen, dennoch bieten die Überlegungen am Ende seines Buches hierfür Ansätze. Mit dem Erkennen der „Doppelbödigkeit“ (17) in der Expansion der Herrschaft verbieten sich Reformkonzepte, die sich lediglich an räumlich verstandenen Demokratisierungsschüben (z.B. einem Rückzug in kleinformatige politische Einheiten) orientieren. Räumliche Rückzüge der Politik gehen automatisch mit einer Aufgabe von substantiellen Demokratisierungsoptionen in der Komplexitätsdimension einher. Richter zufolge ist die Expansion von Herrschaft in dieser Dimension bereits jetzt schon demokratisch unzureichend legitimiert. Demokratie müsse „entschieden gegen die Eigenmächtigkeit jener industriegesellschaftlichen Rationalität verteidigt werden“ (253). Ganz im Sinne der „Demokratisierung der Differenzierungsfrage“ (Hans Joas) oder der „Utopie der Nulloption“ (Claus Offe) folgt aus Richters Überlegungen die Empfehlung, zugunsten der Demokratie gegebenenfalls auf gesellschaftspolitische Ausdifferenzierungen zu verzichten. An dieser Stelle möchte ich noch drei neue Überblicksdarstellungen zur Demokratietheorie erwähnen. Das Buch von James David Barber 'The Book of Democracy' ist eher eine Einführung in die hi-

storischen und theoretischen Grundlagen der Demokratie für amerikanische 'first-year-students' im College. Der Lehrwert des Buches leidet gleichwohl an seiner unbedingten Ausrichtung am us-amerikanischen Verständnis von 'freedom and democracy', an dem alle anderen von Barber geschilderten Demokratien wie die Indiens, der Bundesrepublik, Australiens oder Rußlands gemessen werden. Geradezu warnen möchte ich vor dem Erwerb des Einführungsbuches 'Demokratie: Die Geschichte einer politischen Idee von Platon bis heute' von Karl Mittermaier und Meinhard Mair. Das Buch ist schlecht geschrieben, nimmt eine abenteuerliche Auswahl von Theoretikern vor (so finden sich Abschnitte zu Bodin und Hobbes, während etwa die Federalist Papers fehlen), glänzt durch Unkenntnis der beschriebenen politischen Strukturen (so etwa im Abschnitt über die römische Republik), zeigt ein mangelndes Verständnis der Kerngedanken der vorgestellten Theoretiker (so etwa bei Mill) und enthält schließlich Fehler im Detail. Mich würde interessieren, was das Lektorat der renommierten Wissenschaftlichen Buchgesellschaft zur Veröffentlichung dieses Buches bewogen hat.

Als Einführung ist schließlich auch Anthony H. Birchs 'The Concepts and Theories of Modern Democracy' konzipiert. Birch plädiert für die Verwendung eines präzisen Demokratiebegriffs. Die Vielsprachigkeit des demokratietheoretischen Diskurses sieht er darin begründet, daß der etymologische Gehalt von Demokratie als 'Herrschaft des Volkes' zu Kontroversen sowohl über die Bestimmung dessen, was das 'Volk' ausmache wie darüber, was unter 'Herrschaft' zu verstehen sei, einlade. Er versucht dann, unter den Stichworten Nationalismus, Legitimität, Repräsentation, Rechte, Macht, Pluralismus, Elite und Korporatismus die unterschiedlichen Aspekte westlicher Demokratien zu beleuchten. Ihm gelingt es indes nicht, diese Momente wieder zu einer einheitlichen Demokratietheorie zusammenzufügen. Vielleicht wird man seinem Buch besser gerecht, wenn man es nicht als Einführung in die Demokratietheorie liest, sondern wenn man Brian Barrys schlitzohrigem Lob im Klappentext („comprehensive introduction to the study of politics“) folgt und es als informierten Überblick über politikwissenschaftliche Schlüsselkategorien versteht.

#### 4. Normative Suchbewegungen

Sichtet man vor dem Hintergrund der Krisendiagnosen und der ideengeschichtlichen Studien das Feld aktueller normativer Theorieanstrengungen, so lassen sich grob drei Stränge unterscheiden. Zunächst finden wir Beiträge, die im wesentlichen eine Bekräftigung der traditionellen liberalen Elitendemokratie intendieren (a), zweitens feministische Beiträge, die zwischen Postmodernismus und einer Neuaufnahme der Debatte zwischen Liberalismus und Republikanismus oszillieren (b) sowie drittens Ansätze der Neujustierung der Balance zwischen den demokratischen Zielgrößen Rationalität, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Effizienz unter dem Signum 'deliberative Demokratie'. In den Beiträgen dieser zuletzt genannten Gruppe ist, so meine ich, am ehesten ein produktiver Ausweg aus der seit den frühen siebziger Jahren in den Kontroversen über die Grenzen und Möglichkeiten einer weitergehenden 'Demokratisierung der Gesellschaft' und über Repräsentativ-versus Basisdemokratie zum Ritual erstarrten Debatte zu finden. Sie sollen deshalb etwas ausführlicher skizziert werden (c).

(a) Keinen Revisionsbedarf verspürt die liberale Elitentheorie. Giovanni Sartoris 1992 auf deutsch publiziertes Buch 'Demokratietheorie' erschien 1987 in den USA. In seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe nimmt Sartori auch Stellung zu der Frage, inwieweit der Gang der historischen Ereignisse ihn zu einem Neudurchdenken seiner Demokratietheorie zwingt. Für Sartori gibt es keine Veranlassung, nach 1989 auch nur einen Satz an seinem Buch zu ändern; in den Ereignissen liege eher eine Bekräftigung der liberalen Elitentheorie. Er leitet seine Restaurierung der liberalen Elitentheorie mit der These ein, daß die Demokratietheorie durch die „Entlarvungsbemühungen“ der sechziger Jahre „zertrümmert“ wurde und wir heute über „keine maßgebliche Demokratietheorie“ (3) mehr verfügen. Sartori zufolge sind die Probleme westlicher Demokratien größtenteils hausgemachte Blockaden. Sie sind das Resultat eines „demokratischen Idealismus“, worunter er eine Institutionalisierung von Politik versteht, die nicht ausschließlich auf das Repräsentativsystem rekurriert. Kern seiner Verteidigung der liberalen Elitendemokratie ist die These, daß mit der modernen Welt der Abstand zwischen

Experten und Laien soweit gewachsen sei, daß Politik einer Gruppe von Experten übergeben werden müsse. Diese Experten müßten in kleinen Ausschüssen tagen und nach einmütigen Lösungen suchen können. Formen partizipatorischer Demokratie lehnt Sartori strikt ab, da sie das Risiko bergen, die sachliche Qualität politischer Entscheidungen nicht genügend zu gewährleisten.

Noch optimistischer ist die Botschaft eines anderen amerikanischen Autors, Donald Wittmann, in seinem Buch 'The Myth of Democratic Failure'. Das Buch richtet sich gegen zwei Schulen der Demokratiekritik: Einmal gegen eine marxistisch inspirierte Soziologie, die für Märkte wie für Politik das Bild eines schlecht informierten und manipulierten Konsumenten und Wählers behauptet; und zweitens gegen die in den letzten zwanzig Jahren von verschiedenen Rational-Choice-Autoren vorgebrachten Kritiken an der Ineffizienz demokratischer Politik. Wittmann zufolge haben beide unrecht: sowohl der wirtschaftliche wie der politische Markt funktionierten störungsfrei, wenn man nur darauf verzichte, regulativ einzugreifen. Wittmanns Buch ist eine Verteidigung der liberalen Elitendemokratie aus der Perspektive der neoklassischen Ökonomie. In mehreren Schritten versucht er nachzuweisen, daß die von anderen Rational-Choice-Kollegen vorgebrachte Demokratiekritik jeglichen Bodens entbehre. Wie alle Rational-Choice-Autoren geht er von der heroischen Annahme aus, daß politische Präferenzen gegeben sind – „possibly in the voter's genetic makeup“ (2) – und daß „advertising, political speeches, and so on do not affect the voter's preferences“ (2) (ich werde auf die These der exogenen Präferenzgenese und ihre Bedeutung für die Demokratietheorie unten noch zurückkommen). Im ersten Teil des Buches argumentiert Wittmann, daß nicht nur Wirtschaftssubjekte, sondern auch Wähler über gut informierte Präferenzlisten verfügen und in der Lage sind, ihre politischen Interessen rational zu artikulieren. Im zweiten Teil konzentriert er sich auf den Aggregationsprozeß politischer Präferenzen und setzt sich mit mittlerweile klassischen Einwänden wie Arrows Unmöglichkeitstheorem (152-161), Niskanens Bürokratiemodell (87-114) und Buchanans Kritik an der 'rent-seeking-society' (76-86) auseinander. In allen Punkten gelangt er mit einer Kombination aus mathematischen Gegenmodellen und empirischen Fallstudien zu dem gleichen Ergebnis:



die Theoretiker des 'politischen Marktversagens' überziehen ihren Kredit, da die von ihnen angeführten Effekte entweder gar nicht oder lediglich in vernachlässigbarer Zahl auftreten. Wittmanns Idealmodell besteht aus einer liberalen Elitendemokratie, in der die Institutionen des demokratischen Prozesses die politischen Präferenzen der Bürger unverzerrt aggregieren.

Angesichts des auf so breiter Front argumentierenden Buches verwundert es einigermaßen, daß Wittmann zwei der von Rational-Choice-Theoretikern popularisierten Schlüsselprobleme moderner Demokratietheorien noch nicht einmal erwähnt: ich meine die 'Logik des Kollektiven Handelns' (Olson) und das damit verwandte Problem des 'rationalen Nichtwählers' (Downs). Beide Probleme sind gravierender als beispielsweise das Arrowsche Unmöglichkeitstheorem, bei dem die Wahrscheinlichkeit, daß die von Arrow modellierte Konstellation in Massendemokratien empirisch auftritt, gegen Null tendiert. Beide Probleme verweisen auf sich aus einer Rational Choice Perspektive erschließenden systematische Zugangsschranken zu politischen Märkten. Solange diese Zugangsasymmetrien von Rational-Choice-Autoren nicht theorieimmanent überwunden werden – und ich sehe in der derzeitigen Literatur keinen überzeugenden Ansatz in diese Richtung – verfügt die neoklassisch begründete liberale Elitentheorie nicht über den Grad an demokratischer Legitimität, den Wittmann ihr ansinnen möchte.

(b) Ein diametral entgegengesetzter Umgang mit der Rationalitätsfrage findet sich im Werk der feministischen Demokratietheoretikerin *Chantal Mouffe*. Unter dem Titel 'The Return of the Political' hat sie ihre demokratietheoretischen Aufsätze aus den letzten acht Jahren zusammengestellt. Unter Verweis auf Carl Schmitt, Judith Butler und einer ganzen Reihe postmoderner Autorinnen wirft sie allen Strömungen der gegenwärtigen politischen Theorie – dem Kommunitarismus, Habermas, dem Republikanismus und dem Liberalismus (gleich ob er moralisch-universalistisch oder individualistisch-libertär argumentiert) – pauschal den gleichen Fehler vor: sie können zu keiner befriedigenden Demokratietheorie gelangen, weil sie über eine falsche Vorstellung darüber, was Politik ist, verfügen. Gegenüber den von ihr auf diese Weise 'widerlegten' Demokratietheorien postuliert Mouffe als eigen-

nes Anliegen eine „radical democracy“ (156). Worin diese Radikalität und das spezifisch Demokratische genau bestehen soll, ist dem Text allerdings auch mit viel gutem Willen nicht zu entnehmen. Erkennbar wird immerhin, daß sich Mouffe gegen Verfahren wendet, die Neutralität anstreben. Des weiteren ist auch klar, daß sie keine institutionellen Vorschläge macht, weil alle Institutionalisierungen sich sofort wieder dem Verdacht aussetzen, ihrerseits Politik einhegen zu wollen. Und deutlich wird schließlich auch, daß demokratische Praxis darin bestehen soll, permanente „language games“ (148) in kollektiven Selbstfindungsprozessen zu führen. Woher Mouffe die Zuversicht nimmt, daß Feministinnen in diesem permanenten, unregelmäßigen und unregulierten Kampf an den Schnittstellen kollektiver Identitäten viel zu gewinnen haben, bleibt indes ihr Geheimnis.

Nicht zuletzt gegen die im Namen des Postmodernismus bzw. Poststrukturalismus von Mouffe betriebene Auflösung des rationalen Kerns moderner Demokratietheorie richtet sich *Anne Phillips* Buch 'Geschlecht und Demokratie'. Es erschien 1991 im englischen Original und kann als erster und gelungener Überblick der weitgestreuten feministischen Debatte zum Thema Demokratietheorie gelten. Phillips stellt die feministischen Beiträge zur Demokratie in den Kontext 'klassischer' Demokratiedebatten um Repräsentation oder Wahlrechtsmodi. Dieses Verfahren hat den Vorteil, daß die von ihr skizzierten feministischen Ansätze direkt auf Augenhöhe der Problemlagen klassischer Positionen gebracht werden können. Phillips unterscheidet auf der sogenannten klassischen Seite liberale, partizipatorische und republikanische Stränge. Gegen das liberale Modell mobilisiert sie die feministische Kritik an der rigiden Unterscheidung zwischen privat und öffentlich. Gegen das partizipatorische Konzept rekurriert sie auf die von verschiedenen Autorinnen beschriebenen spezifischen Beteiligungshürden für Frauen. Positiver beschreibt sie hingegen die Beziehungen zwischen Republikanismus und Feminismus und gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, beide Ansätze im weiteren Verlauf der demokratietheoretischen Debatte „einander näherkommen“ (87) zu lassen. Die Berührungspunkte zwischen beiden Ansätzen sieht sie einmal in der Betonung einer vitalen öffentlichen Sphäre und zum anderen in ihrer gemeinsamen Kritik an universalistischen An-

sprüchen und der Betonung von Vielfalt und Differenz.

Das Buch ist insbesondere dort gelungen, wo Phillips die Positionen bereits prominenter Vertreterinnen des Feminismus auf wenigen Seiten rekonstruiert. Das gilt etwa für Carole Patemans Kritik am liberalen Individualismus (58-64), Jane Mansbridges Kritik an der partizipativen Demokratie (226-229), Jean Bethke Elshtains umstrittenen Thesen zur Trennung von privat und politisch (168-172) oder Iris Marion Youngs Forderungen nach Gruppenrepräsentationsrechten für Frauen (88-91, 126-129). Anders als Young, die ein Prinzip der Standpunkt- oder Interessenvertretung vertritt, das auf der These spezieller weiblicher Interessen oder Sichtweisen basiert, rekurriert Phillips auf das Prinzip demokratischer Gleichheit und Gerechtigkeit. Die Rechte müssen für alle Mitglieder einer politischen Gemeinschaft in gleicher Weise gelten und können nur dann als realisiert betrachtet werden, wenn auch tatsächlich alle gesellschaftlich relevanten Gruppen in ungefähr gleicher Weise politisch vertreten sind. Phillips übernimmt vom Republikanismus die Kritik an bestehenden Partizipationsformen und plädiert für die Installation weiterer deliberativer Arenen: „Die isolierte Stimmabgabe schwächt die politische Vorstellungskraft; in Versammlungen hingegen können wir ein breites Spektrum an Möglichkeiten wahrnehmen ... Menschen ändern ihre Meinungen im Laufe von Versammlungen und Diskussionen“ (259).

(c) Deliberative Demokratie. Auch der von *Ronald Beiner* herausgegebene Sammelband 'Theorizing Citizenship' sucht Anschluß an den Republikanismus. Faßt man die Beiträge in dem Sammelband – unter anderem von *J.G.A. Pocock*, *Michael Walzer*, *Iris Marion Young*, *Alasdair MacIntyre*, *Jürgen Habermas* sowie *Will Kymlicka* und *Wayne Norman* – unter dem Aspekt 'Bürgerrechte' systematisch zusammen, ergeben sich vier Paradigmen. Erstens ein autoritärer Ethnozentrismus, der von einer neuen politischen Rechten repräsentiert wird, die die Zuteilung von Bürgerrechten vom askeptiven Merkmal einer ethnischen Zugehörigkeit abhängig machen möchte und gegen den sich alle Autoren des Sammelbandes vehement aussprechen. Ein zweites Paradigma bietet ein Strang des politischen Konservatismus, der strikt libertär argumentiert. Die strategische Pointe seines Bürgerbegriffs besteht

darin, daß in dem von Immigranten ausgehenden Druck auf die bestehenden regulierten Arbeitsmärkte ein willkommener Bündnispartner im Abbau des Sozialstaats und der Regulierung ökologischer Schutzbestimmungen gesehen wird. Die Beiträge in dem Sammelband pendeln demgegenüber zwischen den Positionen eines demokratischen Republikanismus und eines bürgerrechtlichen Universalismus. Der demokratische Republikanismus beispielsweise von Pocock und Walzer mißt den Spezifika von Kulturen und Nationen einen intrinsischen Wert bei. Politische Bürgerrechte wie Bürgerpflichten werden anspruchsvoll formuliert, sind aber an die exklusive Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft gekoppelt. Der bürgerrechtliche Universalismus, wie Habermas ihn vertritt, hat in der jetzigen politischen Situation weniger den Status einer praktischen politischen Option, sondern eher den kontrafaktischen Status eines kritischen Korrektivs gegen republikanistische und liberale Engführungen.

Bezüglich des Bürgerqualifikationsprofils besteht im demokratischen Republikanismus Einigkeit darüber, daß egoistische und privatistische Orientierungen die Motivationsbasis bürgerschaftlichen Handelns aufzehren. Uneinig ist man sich hingegen über den Status des Tugendbegriffs. Bemühen ihn einige Autoren wie Beiner in seinem Vorwort instrumentell, weil ohne Tugenden die Institutionen der Demokratie nicht überlebensfähig seien, werden Tugenden von *MacIntyre* als intrinsisch wertvoll angesehen. Uneinigkeit ist ferner, an wen der Tugenddiskurs adressiert ist. Sind es die Bürger, die durch die Klagen periodisch aufgerüttelt werden sollen? Oder richtet sich der Diskurs als Mahnung an Pädagogen, gesellschaftspolitische Multiplikatoren oder die Zunft der Politikwissenschaftler? Und schließlich sind auch die Bilder des Idealbürgers unterschiedlich schattiert: Der regelkonforme Bürger, der informierte Bürger, der pflichtbewußte Bürger, der tolerante Bürger, der partizipationswillige Bürger, der moralisch reflektierende Bürger, der couragierte Bürger usw. 'Bürgertugend' ist in dieser Bedeutungsdimension ein unspezifisch gebrauchter Begriff und umfaßt kognitive, prozedurale und affektive Momente. In der Minimalkonzeption von *John Rawls* (in einem Beitrag in einem von *Copp/Hampton/Roemer* herausgegebenen Sammelband, s.u.) beispielsweise ist Tugend die Bereitschaft zur Befolgung abstrakter Prinzi-



pien wie Rechtfertigungsbereitschaft, Toleranz und Gerechtigkeitsinn; demgegenüber bedarf es MacIntyres kommunitaristischer Vorstellung zufolge gemeinsamer Auffassungen der Bürger über eine kollektive und ethisch ausgezeichnete Lebensform.

Ernüchternd ist schließlich der Beitrag von *Will Kymlicka* und *Wayne Norman* in Beiners Sammelband, denn er zeigt, wie unterschiedlich die Wege geblieben sind, die vorgeschlagen werden, um die Bürgerqualifikationen einzustudieren, zu animieren oder zu reproduzieren. Die von ihnen aufgelisteten Vorschläge decken eine umfassende Palette ab, die vom Alltag in einer ethischen Gemeinschaft, der familialen Erziehung, der schulischen Sozialisation, obligatorischen Gemeinschaftsarbeiten, Militärdienst, Politischer Bildung, der Eigendynamik politischer Beteiligung und dialogischer Praxis, neuen Partizipationsstrukturen bis zum Glauben an Lerneffekte durch marktformig organisierte politische Institutionen reicht. Es scheint, als sei die Debatte um Citizenship weniger ein Weg, die Probleme moderner Demokratien zu lösen, als sie noch einmal theoretisch zu verdoppeln.

Ein von *John W. Chapman* und *Ian Shapiro* zusammengestellter Sammelband unter dem Titel 'Democratic Community' schlägt einen anderen Weg ein, um die Debatte aus ihrer Kreisbewegung herauszuführen. Das Ziel ist es, über die bisherige Konfrontation zwischen Liberalen auf der einen und Kommunitaristen und Republikanisten auf der anderen Seite hinauszugehen. Den Thesen beider Seiten bescheinigen die Herausgeber einen „doctrinaire character“ (3). Seit Ende der achtziger Jahre seien jedoch deutliche Annäherungsbewegungen zu vermelden, „most liberals have backed away from libertarianism, and most communitarians embraced pluralism to some degree“ (3). Die aus dem Übergang von der Frage „whether community?“ zu „what sort of community?“ resultierende demokratietheoretische Problemstellung lautet danach „which freedoms, guaranteed by what constraints, at what cost, and to whom?“ (3).

Der Band hält allerdings nur in wenigen Beiträgen, was die Herausgeber im Vorwort versprechen. Die meisten Autoren wiederholen noch einmal die Argumente aus dem mittlerweile altbekannten Schlagabtausch zwischen Kommunitarismus und Liberalismus. Eine überzeugendere Vermittlung unternimmt Amy Gutman in ihrem mit 'The Disharmony

of Democracy' überschriebenen Beitrag. Sie will die Debatte dadurch vorantreiben, daß sie den thematischen Fokus auf den Bereich der Demokratietheorie verlagert. Gutman unterscheidet zwischen drei normativen Demokratie-Modellen: 'populist democracy', 'liberal democracy' und 'deliberative democracy'. Ausgangspunkt der als normative Alternativmodell vorgeschlagenen 'deliberative democracy' ist ein Kantischer Autonomiebegriff. Hierbei erstreckt sich Autonomie nicht nur auf Fragen der persönlichen Lebensführung, sondern sieht sich notwendigerweise mit Fragen kollektiver Entscheidungsfindung konfrontiert. Es ist somit ein Gebot richtig verstandener Autonomie, wenn autonome Individuen sich als Bürger an der Politik beteiligen und dabei Teilnehmungsformen wählen, die dem hohen Standard der Ausübung privater Autonomie genügen. Gutmans Konzept des demokratischen Bürgers verbindet das liberale Gebot gleicher Rechte mit der kommunitaristischen Vorstellung kollektiver politischer Selbstverständigung: „people as self-governing, who reflect, evaluate, and decide issues on the basis of the broad range of relevant considerations that are available for their considerations in a society where every adult is treated as an autonomous person and thereby granted political standing as an equal citizen“ (141). Aus Sicht des Autonomiegebots wäre ein Selbstmaßverständnis eines Bürgers, wolle er oder sie sich unter Berufung auf die Autonomie von solchen Deliberationsprozessen abkoppeln. Denn erst im Kontext politischer Deliberationsprozesse können politische Überzeugungen gefunden, aufgeklärt und verbessert werden. Für Gutman folgen aus dieser demokratischen Vision zwei Konsequenzen für Institutionalisierungsstrategien: Zum einen bedarf es institutioneller Mechanismen, mit denen sich autonome Bürger unter einen Selbst-Vorbehalt stellen. Weil sie wissen, daß sie nicht alles zu jeder Zeit wissen können, stimmen sie einer institutionellen Ordnung zu, in der politische Entscheidungen arbeitsteilig bearbeitet werden. Und da sie des weiteren wissen, daß politische Fragen zuweilen dazu neigen, vom Radschirm ihrer Aufmerksamkeit zu entschwinden oder lediglich als strategische Interessen wahrgenommen zu werden, plädieren sie für ein institutionelles Arrangement, das Deliberationsprozesse ermutigt. Gutman argumentiert also weder für eine direkte Demokratie noch für eine Totaldemokratisierung

der Gesellschaft. Wie Deliberation am besten zu institutionalisieren ist, welche Verteilung institutioneller Kompetenzen am ehesten die von Gutman erhobenen Legitimitätsansprüche erfüllt, ist eine andere Frage, deren Beantwortung ohne die Einbeziehung der empirischen Politikwissenschaft nicht möglich ist. Beide Schritte Gutmans, das normative Plädoyer für eine deliberative Demokratie sowie die institutionentheoretische Konkretisierung dieser Idee, finden sich auch in einigen Beiträgen eines dritten Sammelbandes, der von *David Copp*, *Jean Hampton* und *John E. Roemer* unter dem Titel 'The Idea of Democracy' herausgegeben worden ist. Im Unterschied zu dem Band von Chapman/Shapiro zeichnet er sich einmal dadurch aus, daß er 'die demokratische Frage' grundsätzlicher angeht (die Beiträge der ersten Sektion stehen unter der Frage „the point of democracy“) und zum zweiten dadurch, daß er Beiträge von Vertretern unterschiedlicher geistes- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen mit jeweils unterschiedlichen Ansätzen in der Form von Rede und Widerrede zusammenstellt. In unserem Zusammenhang ist vor allem die Sektion über 'Democracy and Preferences' einschlägig. Die Kontroverse beginnt mit einem Beitrag von *Russel Hardin*, in dem dieser noch einmal die beiden mittlerweile klassischen Einwände der Social-Choice-Literatur gegen das liberaldemokratische Modell der Präferenzaggregation – Arrows Unmöglichkeitstheorem und das Gefangenendilemma – anführt. Demokratie, so Hardins skeptisches Credo, läßt sich normativ nicht offensiv verteidigen, allenfalls könne man es im Sinne der berühmten Formulierung Churchills als geringstes Übel ansehen (157 ff.). *Cass Sunstein*, der zu den bekanntesten Vertretern des neuen republikanischen Konstitutionalismus in den USA gehört, versucht Hardins Einwände dadurch zu konterkarieren, daß er dessen demokratisches Erfolgskriterium zur Zielscheibe macht. Es lautet, daß der politische Aggregationsprozeß gegenüber allen artikulierten Präferenzen neutral sein müsse. Aus Sicht Sunsteins ist dieser „subjective welfarism“, demzufolge individuelle Präferenzen als Rohmasse des demokratischen Prozesses akzeptiert werden müssen, normativ unplausibel. Existierende politische Präferenzen haben einen endogenen Charakter: „Preferences are shifting, and endogenous rather than exogenous, and as a result are a function of current information, consumption

patterns, legal rules, and general social pressure“ (200). Präferenzen adaptieren sich an gegebene Kontextbedingungen und können – je nach der Beschaffenheit dieser Bedingungen – höchst irrational sein. Diese Kontextbedingungen wiederum sind ganz wesentlich durch rechtliche Regulierungen beeinflusst. Daraus folgt für Sunstein, daß die Aufgabe der Demokratie nicht allein in der Befriedigung bestehender Präferenzen liegen kann, „but also, and more fundamentally, in the process of preference formation“ (206). Wenn das Recht das Handeln der Akteure nicht nur extern restringt, sondern wenn es bis in die Prozesse der Präferenzformation hineinregiert, kann und muß das Verständnis von Neutralität ausgeweitet werden. Sunstein zufolge – und hier treffen sich seine Überlegungen mit denen von Gutman – kann lediglich das Konzept deliberativer Demokratie diese höherwertige Neutralität herstellen. Der wohlgeordnete Staat muß so verfaßt sein, daß er die deliberative Kompetenz der politischen Akteure fördert, ohne seinerseits in neue Einseitigkeiten oder Paternalismus zu verfallen.

Wie weit diese amerikanische Debatte in der Bundesrepublik bereits rezipiert worden ist, dokumentiert der von *Jürgen Gebhardt* und *Rainer Schmalz-Bruns* herausgegebene Sammelband 'Demokratie, Verfassung und Nation'. Die insgesamt 21 Beiträge entstammen zwei Tagungen, die die Herausgeber für die Sektion 'Politische Philosophie und Ideengeschichte' der DVPW durchgeführt haben. Das inhaltliche Spektrum der Beiträge reicht von *Paul-Ludwig Weinacht*, der in der kollektiven Identität der Nation das unhintergehbare Integral moderner Gesellschaften sieht, bis zu *Ulrich Rödel*, der eine radikal libertäre Position vertritt, derzufolge das „Recht, Rechte zu haben“ (133) ausreichen muß, eine auf Dauerkonflikt programmierte säkularisierte Gesellschaft immer wieder neu zu integrieren. Gleichsam dazwischen liegen Beiträge von *Ingeborg Maus*, *Heinz Klegger*, *Horst Mewes*, *Oliver Gerstenberg* und *Rudolf Speth*, die das liberale Verständnis von Politik mit den Einwänden eines auf mehr Partizipation oder Bürgergesinnung zielenden Republikanismus kontrastieren. Die Herausgeber heben zu Recht die institutionentheoretische Pointe der Überlegungen von Maus und Gerstenberg, wonach ihre deliberative Demokratietheorie über das liberale Prinzip der Neutralität als Modus der Dissensorganisation hinausgreift „und auf so etwas wie staatsbür-



gerliche Selbstverbesserung, auf die Erschließung moralischer Ressourcen und letztlich die Qualitätsverbesserung von Gesetzgebung und politischer Entscheidung auf der Output-Seite des demokratischen Prozesses ziel(t)" (23).

Zieht man die Argumente für die deliberative Demokratietheorie zusammen, gelangt man zu einer Position, die sich als 'demokratischer Präferenzinterventionismus' bezeichnen läßt. Danach kann sich politische Intervention als notwendig erweisen, um die Autonomie der politischen Präferenzbildung zu erhöhen, wenn nicht in vielen Fällen gar erst herzustellen. Eine Demokratie, die darauf verzichtet, liefert sich der Programmierung politischer Präferenzen durch mächtige soziale Akteure hilflos aus. Gegen eine solche Kritik am liberalen Modell der artikulierten Präferenzen wird von liberaler Seite in der Regel damit gekontert, daß sie die Gefahr der staatlichen Manipulation oder gar des Leninismus beschwören. Um diesen Gefahren – die *Richard Arneson* (in dem *Chapman/Shapiro*-Band) unter dem Stichwort „paternalism“ (207) beschreibt – zu begegnen, bedarf es eines strengen Maßstabs für die Neutralität staatlichen Handelns. Dies verbietet den Rekurs auf eine substantiierte Theorie des Guten, wie sie vom Republikanismus und Kommunitarismus verfochten wird.

Die Theorie der deliberativen Demokratie beansprucht, einen geeigneten Rahmen für einen verteidigbaren Präferenzinterventionismus bereitzustellen, der gegen die Gefahr der Manipulation gefeit ist: indem sie erstens gegen die Überforderung der Einzelbürger auf eine institutionelle Lösung setzt, indem sie sich zweitens gegen den elitistischen Ausweg auf einer Demokratisierung der Präferenzfrage beharrt und indem sie schließlich drittens ohne eine substantiierte Theorie des Guten auskommt. Angestrebt wird eine 'Neutralität zweiter Ordnung', die eine neutrale Institutionalisierung des nicht-neutralen Umgangs mit nicht autonom generierten Präferenzen anstrebt.

##### 5. Institutionen deliberativer Demokratie

Die deliberative Demokratietheorie bietet also insofern einen Ausweg aus der seit den siebziger Jahren erstarrten demokratietheoretischen

Debatte, als sie die Frage nach den institutionellen Kontexten einer 'rationalen Präferenzbildung' der Bürger sowie ihrer Vertreter in den Vordergrund rückt.

Doch die Eleganz, mit der im normativen Theorieentwurf das Konzept der deliberativen Demokratie präsentiert wird, sagt noch wenig über konkrete Institutionalierungsmodelle sowie Bedingungen und Chancen ihrer Realisierung aus. Nicht zuletzt wegen der engen Verbindung zwischen der deliberativen Demokratietheorie und der Habermasschen Konzeption des 'öffentlichen Raumes' richten sich erhebliche Erwartungen an die Öffentlichkeit als institutionellen Bezugspunkt. Die Möglichkeiten und Leistungsgrenzen der deliberativen Funktion von Öffentlichkeit sind das Thema von zwei neuen Sammelbänden, die jeweils eine Bilanz der Forschungen zum Thema Öffentlichkeit beanspruchen. Wie *George E. Marcus* und *Russel L. Hanson* als Herausgeber des Sammelbandes 'Reconsidering the Democratic Public' zu Beginn ihrer Einleitung verkünden, sei schon die Wahl des Buchtitels „a signal of deep dissatisfaction with previous descriptions of the general public's incapacity for democratic politics“ (1) gewesen. Um den „credibility gap“ (5) der partizipatorischen Demokratietheorie, die sich vor allem in den Höhen normativer Theoriebildung befinde, zu schließen, bedürfe es mit der empirischen Forschung verbundener Arbeiten zur politischen Öffentlichkeit. Gemessen an diesem Maßstab der Herausgeber erfüllen allerdings nur wenige Beiträge die Erwartungen. Es dominieren normative Beiträge, die in Form von zwei Paradigmen mit den Referenzautoren *John Dewey* und *Walter Lippmann* gegenübergestellt werden. Wie angesichts der Intention von *Marcus* und *Hanson* nicht anders zu erwarten, dominieren die Beiträge aus der 'deliberativen Perspektive' (u.a. von *Benjamin Barber*, *Jane Mansbridge* sowie *Benjamin Page* und *Robert Shapiro*). Die Frage, um die mehrere Beiträge des Bandes kreisen, lautet, inwieweit 'Reason' und 'Passion' in der politischen Öffentlichkeit in ein demokratieaffines Verhältnis gerückt werden können. Einerseits, so das republikanische Plädoyer von *Donald Moon*, *Mary Dietz* oder *Stephen T. Leonard* u.a., bedürfen Demokratien der demokratischen Leidenschaft ihrer Bürger. Andererseits, so die Sorge von *Hanson* und *Marcus*, „the claim that emotions are dangerous ... ought to be taken seriously“ (268). Leider gelangt kein Beitrag dieses Themen-

blocks über solche sicherlich richtigen wie allgemeinen Thesen hinaus. Das gilt auch für tabellengespickte Aufsätze wie von *Denis G. Sullivan* und *Roger Masters* über Wahlkampföffentlichkeit, in denen die Manipulationsanfälligkeit des amerikanischen Elektorats durch nonverbale Kommunikation via Fernsehen belegt wird. Analysen wie diese mögen die Notwendigkeit deliberativer Formen von Öffentlichkeit nachdrücklich bestätigen. Sie sind aber kein Beitrag zu dem von den Herausgebern formulierten Ziel einer empirischen Richtungsangabe.

Auch *Friedhelm Neidhardt* nimmt in der Einleitung des von ihm herausgegebenen Sonderbandes über 'Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen' der 'Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie' die Unterscheidung zwischen zwei Paradigmen vor. Vielleicht ist schon die Wahl seiner Referenzautoren – statt auf *Lippmann* nimmt er auf *Luhmanns* „Spiegelmodell“ und statt auf *Dewey* auf *Habermas* – „Diskursmodell“ Bezug (9) – vorentscheidend für das durchgängig hohe theoretische und empirische Niveau der versammelten Aufsätze. Folgt man *Neidhardts* Überlegungen, so werden die normativen Ansprüche des Habermasschen Diskursmodells unter den strukturellen Bedingungen moderner Öffentlichkeit nur begrenzt erfüllt. Entsprechend entwickelt er seine weiteren Kategorien in der Sprache der Systemtheorie. Es gäbe allerdings auf der Phänomenebene, so *Neidhardt* am Schluß seiner Einleitung, wenigstens einige „folgenreiche Ausnahmen“ (38) von der systemtheoretischen Betrachtungsweise. Um sie überhaupt sozialwissenschaftlich wahrnehmen zu können, sollte die Öffentlichkeitssoziologie des Diskursmodells wenigstens als eines heuristischen Instruments nicht völlig entsagen.

*Jürgen Gerhards* unternimmt es in seinem Aufsatz, die von *Neidhardt* eingeschlagene systemtheoretische Beschreibung von Öffentlichkeit zu komplettieren. Die Struktur und Funktion politischer Öffentlichkeit werden als „Beobachtungssystem“ (87) der Gesellschaft beschrieben und an Rational-Choice-Ansätze zur Theorie der Informationskosten angeschlossen. Aus der Verschränkung der jeweiligen Publikums- und Politikeransprüche mit den Eigendynamiken des Systems Öffentlichkeit läßt sich *Gerhards* zufolge die Prognose einer „Zunahme an symbolischer Politik“ (102) wagen. Verschiedene Beiträge in dem

Sammelband stützen diese These *Gerhards*. So der Aufsatz von *Rüdiger Schmitt-Beck* und *Barbara Pfetsch* über die Präsenz von 'Pseudoereignissen' in der Wahlkampfberichterstattung (106 ff.) oder dem Aufsatz von *Hans Peter Peters* über die Entwertung von wissenschaftlicher Expertise in der massenmedialen Öffentlichkeit (162 ff.). Andere Beiträge des Sammelbandes gelangen dagegen zu weniger skeptischen Befunden. So der Aufsatz von *Hanspeter Kriesi*, der in den öffentlichen Debatten anläßlich einer ganzen Serie von Schweizer Referenden eher Elemente der deliberativen Demokratie identifiziert oder der Aufsatz von *Michael Schenk* und *Patrick Rössler*, die auf die wichtige Rolle direkter interpersonaler Kommunikation der Bürger untereinander aufmerksam machen, welche in den Studien zur Funktionsweise von Massenmedien zumeist unterbelichtet bleibt.

Die Bedeutung der beiden letztgenannten Befunde erschließt sich vor allem dann, wenn man sie vor dem Hintergrund des Beitrages von *Bernhard Peters* liest. *Peters* unternimmt in seinem Aufsatz eine soziologische Verteidigung und Revision des „Diskursmodells“ der Öffentlichkeit. Er geht in drei Schritten vor. Zunächst zeichnet er die Grundmerkmale von „Öffentlichkeit im emphatischen Sinn“ (45) unter den Stichworten: Gleichheit und Reziprozität, Offenheit und adäquate Kapazität sowie diskursive Struktur nach. Ausführlich konfrontiert er dann dieses Idealmodell mit der gesamten Phalanx möglicher skeptischer empirischer und theoretischer Einwände (51-70). Anders als *Gerhards* hält er jedoch den Wechsel auf theoretische Optionen der Systemtheorie und Rational Choice für „weder zwingend noch empfehlenswert“ (71). Die normativen Elemente von Öffentlichkeit seien Teil der sozialen Realität, die sich in Verfassungsprinzipien wie Pressefreiheit oder Gewissensfreiheit der Abgeordneten niederschlagen. *Peters* plädiert deshalb für eine soziologische Modifikation des Diskursmodells, die die in den Einwänden angeführten limitierenden Bedingungen aufnimmt. Folgt man *Peters*, so läßt sich das Prinzip der Diskursivität unbeschadet verteidigen. Bezüglich der Gleichheit der Beteiligung an öffentlicher Kommunikation und der Offenheit für Themen lassen sich die strukturellen Beschränkungen in das „Diskursmodell“ aufnehmen, ohne es im Kern zu beschädigen. So sei beispielsweise eine interne Differenzierung der



öffentlichen Sphäre in „Teilöffentlichkeiten“ (78) ebenso unvermeidlich wie die Herausbildung spezieller öffentlicher Sprecherrollen mit entsprechenden asymmetrischen Kommunikationsbeziehungen.

Mit dem Stichwort 'Teilöffentlichkeiten' deutet Peters zugleich die Richtung an, in der die politikwissenschaftliche Suche nach weiteren Formen und Strukturen deliberativer Öffentlichkeit fortgesetzt werden kann. Insofern ist es bedauerlich, daß Neidhardt in seiner Einleitung mit dem Hinweis, „für den Normalverkehr politischer Kommunikation ist in modernen Demokratien ... die massenmedial gesteuerte Öffentlichkeit bestimmend“ (10), das Thema des Sammelbandes ganz auf die Eigendynamiken massenmedialer Öffentlichkeit eingegrenzt hat. Andere Foren von Öffentlichkeit wie Versammlungen oder Teilöffentlichkeiten und politische Netzwerke kommen nicht vor oder werden – wie die variantenreichen Institutionen einer partizipatorischen Zivilgesellschaft unter dem Stichwort 'Protestbewegungen' – lediglich als Akteure auf der Bühne massenmedialer Öffentlichkeit thematisiert.

Konkrete Vorschläge, wie sich das Prinzip der 'Teilöffentlichkeiten' als deliberatives Moment in bestehende demokratische Systeme einschreiben läßt, sind über grobe Überlegungen nur in Teilen hinausgekommen. Dies mag damit zu tun haben, daß die Zuversicht, institutionelle Innovationen könnten Verbesserungen schaffen, im Schatten dramatisierender Zeitdiagnosen nicht gerade gedeiht. Dennoch gibt es einige Anhaltspunkte für eine weniger pessimistische Reformperspektive. Eine Sichtung der in der neueren Literatur vorliegenden Vorschläge ergibt drei Akzentuierungen, die sich unter die Stichworte 'advokatorische Deliberation', 'Sekundärbürgerschaft' und 'Primärbürgerschaft' gruppieren lassen.

(a) Die Vorschläge der ersten Gruppe bestehen aus einem Neuarrangement advokatorischer Deliberation. Daß Deliberation ein Prinzip ist, auf das bestehende Institutionen bereits rekurren, zeigt die Studie 'We, the Jury' von Jeffrey Abramson über das amerikanische Geschworenensystem: „Trial by jury is about the best of democracy and about the worst of democracy“ (1). Vergleicht man das amerikanische Geschworenensystem mit anderen politischen Institutionen westlicher Demokratien, so steht es mit seiner konkreten Entschei-

dungskompetenz, die ohne Vermittlung durch repräsentative und professionelle Institutionen an die in ihm wirkenden Bürger verliehen wird, allein da. Keine andere Institution riskiert so viel (im Extremfall das Leben des Angeklagten) bei dem demokratischen Anspruch, Bürger zu den besten Sachverwaltern ihrer Belange zu erklären. Abramsons Studie ist nicht nur eine normative Verteidigung der Geschworenengerichte, sondern auch ein Plädoyer zur Ausweitung dieses Prinzips der Entscheidungsfindung auf andere gesellschaftliche und politische Teilbereiche. Dies ist besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Skepsis in den USA seit dem O.J.-Simpson-Prozeß bemerkenswert.

Abramson hat eine brillante Bestandsaufnahme der Funktionen und eine konzise Diskussion der demokratietheoretischen Basis des Jury-Systems der USA vorgelegt. Zentral ist die Betrachtung zweier normativer Modelle im Selbstverständnis von Geschworenengerichten (Kap. 3 und 4). Die Grundidee des Modells „representative body“ (99 ff.) besteht darin, daß die Zusammensetzung der Geschworenen möglichst der der Bürgerschaft entsprechen soll. Ihm setzt er das „deliberative model“ entgegen. Um den deliberativen Charakter in Jurys nicht zu gefährden, plädiert Abramson für institutionelle Mechanismen, die den argumentativen Druck auf Geschworene erhöhen. Hierzu zählen das bestehende Losverfahren für die Auswahl der Geschworenen, die Ausweitung des Konsensprinzips sowie prozedurale Techniken, die Diskussionen unter den Geschworenen animieren. Folgt man Abramsons Gesamtbewertung, so hat sich das amerikanische System der Geschworenengerichte trotz aller aktuellen Kritik bewährt und seine Grundidee – die Institutionalisierung nach dem „deliberative ideal“ vorausgesetzt – sollte als Paradigma demokratischer Entscheidungsfindung auf politische Bereiche ausgeweitet werden.

Für eine solche Übertragung des Jury-Systems steht James S. Fishkins Buch 'The Voice of the People'. Das Buch beginnt mit einer Zustandsbeschreibung der politischen Öffentlichkeit in den USA, die der Verfallsdiagnose von Christopher Lasch in wenig nachsteht. Fishkin skizziert im folgenden Teil des Buches die ersten Erfahrungen mit einem 'deliberative opinion poll' (161-181). Das von ihm und seinen Mitarbeitern durchgeführte Experiment fand im Frühjahr 1994 in England statt. Zu diesem

Zweck wurden per Losverfahren 300 Bürger und Bürgerinnen ermittelt und auf Kosten der Veranstalter und einem Fernsehsender eingeladen, für drei Tage zusammen mit Experten über die Frage der zukünftigen englischen Kriminalpolitik zu diskutieren und zu entscheiden. Folgt man der Schilderung der Ergebnisse durch Fishkin, so war die Veranstaltung insbesondere unter dem Aspekt der demokratischen Präferenzgenese ein voller Erfolg: „The voters who came to Manchester changed in dramatic and coherent ways. They remained tough on crime, ... but they offered, by the end, a much more complex appreciation of the problem. ... They became, at least on this one issue, more thoughtful and engaged citizens“ (168). Die positiven Faktoren dieser neuen Form der repräsentativen Willensbildung waren laut Fishkin das Wissen der Beteiligten, daß ihre Debatten und Ergebnisse durch die Fernsehübertragung auf nationaler Ebene von Bedeutung waren sowie das mehrtägige persönliche Zusammensein der Beteiligten; der zuletzt genannte Punkt – „democracy is humanized by the scale of face-to-face discussion“ (80) – ist vor allem vor dem Hintergrund der noch zu erwähnenden Überlegungen von Computerdemokratie wichtig. Fishkin verspricht sich von einer Ausweitung der 'deliberative opinion polls' bessere und legitimierte politische Entscheidungen auf einem dritten Weg zwischen der Willensbildung im institutionellen Ensemble etablierter Repräsentativkörperschaften einerseits und der populistischen Stimmungsmache von traditionellen Meinungsumfragen andererseits. Im Dezember 1995 hat er zusammen mit dem Fernsehsender PBS ein ähnliches Vorhaben für den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf begonnen<sup>2</sup> – auf die Ergebnisse darf man gespannt sein.

(b) In einem Punkt ist die Vorstellung der advokatorischen Deliberation der Demokratisierungsdebatte der siebziger Jahre verhaftet geblieben. Wie diese rechnet sie in naiver Weise mit der Handlungsfähigkeit des Staates. Was aber, wenn der Staat als Anlaufstelle gesellschaftlicher Demokratisierung ausfällt, weil staatliche Strukturen mit dieser Aufgabe überfordert sind? Die Krise des hierarchischen Steuerungsstaates hat zu Reformüberlegungen der „secondary citizenship“ (Schmitter) geführt. In ihnen wird das hierarchische Steuerungsmodell von einem horizontalen Bezie-

hungsmuster zwischen gesellschaftspolitischen Akteuren abgelöst. Gesucht werden in dieser Perspektive assoziative Strukturen, die der Aufgabe gewachsen sein könnten, durch die von ihnen ausgehenden Verpflichtungseffekte bislang unausgeschöpfte kognitive und moralische Kapazitäten der Bürger zu mobilisieren. In Abhängigkeit von den jeweiligen materialen Politiken will die Idee der 'Sekundärbürgerschaft' die Rationalisierungspotentiale fokaler Assoziationsstrukturen zur Geltung bringen. Die Tocquevillschen Wurzeln dieses Konzepts werden besonders augenfällig in Ernest Gellners Buch 'Conditions of Liberty', in dem das Vorhandensein einer assoziativen Zivilgesellschaft als Hauptgrund für die Überlegenheit westlicher Demokratien gegenüber dem realsozialistischen Regimen des ehemaligen Ostblocks angesehen wird. Das Buch von Paul Hirst führt das weitergehende Programm bereits in seinem Titel: 'Associative Democracy' und verspricht im Untertitel sogar 'New Forms of Economic and Social Governance'. Vielleicht sind es die mit diesem Versprechen geweckten Erwartungen, die dazu führen, das Buch letztlich etwas enttäuscht aus der Hand zu legen. Gut gelungen sind die programmatischen Teile, in denen Hirst das von Joshua Cohen und Joel Rogers übernommene Modell der 'Associative Democracy'<sup>3</sup> noch einmal vor dem Hintergrund aktueller Problemlagen westlicher Demokratien skizziert (15-74). Hirst versucht dann im stärker anwendungsorientierten Teil, die Problemlösungskapazität von Assoziationsstrukturen auf dem Feld der Ökonomie durchzubuchstabieren. Den 'hard case' Ökonomie hat er ausgewählt, weil dieser Sektor der Gesellschaft bislang am nachhaltigsten Versuche seiner internen Demokratisierung abwehren konnte. Hirst präsentiert einerseits Vorschläge, die aus bundesdeutscher Perspektive stark an das bereits bestehende Mitbestimmungsrecht sowie an neokorporatistische Arrangements erinnern (118 f.). Andere Vorschläge zielen auf eine Zerstückelung großer Industrieunternehmen in kleine Profit-Center (mit nicht mehr als 500 Mitarbeitern, 152), in denen wesentliche Entscheidungskompetenzen an die Mitarbeiter übertragen werden (128ff). Hohe Erwartungen richtet Hirst an die ökonomische Performanz assoziativ restrukturierter Kleinbetriebe (97 ff.). Seine These lautet, daß nur solche Betriebe zukünftig am Weltmarkt konkurrieren können, die die Transformation zu



assoziativen Strukturen wagen. Im letzten Teil des Buches versucht Hirst dann, ein Modell der Vermittlung zwischen den vielfältigen Assoziationen zu erstellen. Er entwirft komplexe Koordinationsmodelle, die aus unterschiedlichen Ebenen zu unterschiedlichen Issues bestehen und die nur aufgrund der Graphiken verständlich sind (176 ff.). Auch wenn Hirst einige Beispiele bereits bestehender und aus seiner Sicht gut funktionierender Assoziativstrukturen anführt; sein Buch vermag letztlich nicht zu überzeugen. Zum einen wird nicht deutlich, warum eine demokratisch organisierte Ökonomie effizienter sein soll, als hierarchische Regime kleinerer ökonomischer Einheiten. Zweitens ist es innerhalb seiner eigenen Logik nicht einsichtig, warum Arbeitnehmer dieses zeitaufwendige Modell den bestehenden Strukturen der Arbeitsorganisation vorziehen sollten. Ohne es explizit zu sagen, unterstellt Hirst eine Arbeitnehmerschaft, die sich permanent demokratisch engagiert. Und drittens schließlich vernachlässigen seine komplexen Modelle der Koordination von Assoziationen den Faktor bürokratischer Reibungsverluste. Hirsts Buch krankt daran, daß es gleichsam in der Tradition des englischen 'Guild-Socialism' das politische Assoziationswesen zu einer Alternative bestehender demokratischer Institutionen stilisiert. Vor dem Hintergrund der Debatten aus den siebziger Jahren um die Probleme partizipativer Demokratie wirft es eher zusätzliche Probleme auf, als es alte löst.

Eine andere Nutzungsstrategie der Rationalitätspotentiale von Sekundärbürgerschaft schlägt der von *Horst Zillesen*, *Peter C. Dienel* und *Wendelin Strubelt* herausgegebene Band mit dem Titel 'Die Modernisierung der Demokratie' vor. Die Autoren dieses Buches setzen auf eine Ergänzung bestehender parlamentarischer Institutionen durch die bessere Ausschöpfung bestehender Assoziationsstrukturen. Und anders als Hirst wollen sie mittels assoziativer Strukturen keinen Sektor der Gesellschaft intern neu demokratisieren, sondern lediglich die kognitiven und moralischen Potentiale der Sekundärbürgerschaft politikfeldspezifisch zur Geltung bringen. Hatte sich Hirst für sein Anliegen den 'hard case' Ökonomie ausgesucht, wählen die Beiträge des Sammelbandes die 'demokratische Herausforderung' Umweltpolitik. Im Bereich Umweltpolitik zeigen sich die von den Herausgebern benannten allgemeinen Probleme demokrati-

scher Entscheidungsfindung in modernen Industriestaaten – das Auswandern politischer Entscheidungskompetenz in subpolitische Systeme, der Verlust parlamentarischer Steuerungskompetenz und das Dilemma zwischen verwaltungsmäßiger Effizienz und demokratischer Offenheit (11) – auf besonders drastische Weise. Ausgangspunkt der Herausgeber ist, daß politisch-administrative Steuerungsprozesse im Bereich der Umweltpolitik zunehmend auf die Mitwirkung derjenigen Bürger angewiesen ist, die sich jeweils als betroffen ansehen.

Insgesamt zehn unter der Rubrik 'Innovatives Verwaltungshandeln' abgedruckte Beiträge machen das Herzstück des Bandes aus. Versammelt sind so unterschiedliche Fallbeispiele wie die Standortfindung für die Ablagerung schwach radioaktiver Abfälle in Kanada, für Sondermülldeponien in der Schweiz sowie die Einrichtung eines Umweltprogramms in der walisischen Stadt Cardiff oder ein praktisches Experiment mit Dienels 'Planungszelle' bei der Entscheidung über die Streckenführung einer Ortsumgehungsstraße in einer Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen. Den Erfolg verdanken die geschilderten Fälle vor allem einer frühzeitigen und intensivierten Betroffenenbeteiligung sowie der Einbeziehung der lokalen Öffentlichkeit in die Entscheidungsprozesse. In drei Fallbeispielen von *Steve Leitman* (über die Konflikte zwischen den amerikanischen Staaten Alabama, Florida und Georgia bei der Wassernutzung), *Martin Führ* (über ein Genehmigungsverfahren eines Pflanzenschutzmittels der deutschen Hoechst AG) und *Bruce Stifftel* und *Neil Slipe* (über das Genehmigungsverfahren einer Mülldeponie in Florida) werden zusätzlich die Potentiale von professionalisierten Mediationsverfahren aufgezeigt. Der Band schließt mit einem Plädoyer für eine „wohl-dosierte Einführung“ (320) dieses in der Bundesrepublik – anders als in den USA – noch nicht sehr weit verbreiteten Verfahrens.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, auf den von *Helen Ingram* und *Steven Rathgeb Smith* herausgegebenen Sammelband mit dem Titel 'Public Policy for Democracy' hinzuweisen. Stärker noch als Hirst und Zillesen et al. diagnostizieren sie Handlungsunfähigkeit und sachlich falsche Programmierung als Probleme routinierter Bereichspolitik. Am Beispiel der Sozialpolitik (*Sallie A. Marston*), der Migrationspolitik (*Susan G. Baker*) und der Psychiatrie (*Deborah A. Stone*) wird versucht

plausibel zu machen, daß die Einbeziehung von Assoziationen nicht nur die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen erhöht, sondern in vielen Fällen auch sachlich angemessenere Lösungsvorschläge, Implementationen und Evaluierungen produziert. Der Band krankt etwas an seiner gesuchten Nähe zum Regierungsprogramm des amerikanischen Präsidenten Clinton. Dieser Umstand könnte jedoch auch als Beleg dafür gesehen werden, daß Überlegungen einer assoziativen Anreicherung bestehender Demokratien auch in der Politik einen gewissen Aufmerksamkeitswert erlangt haben.

Gleichsam vom anderen Ende des Verhandlungstisches, von seiten der Verwaltung her, gelangt *Ingeborg E. Schäfer* in ihrem Buch 'Bürokratische Macht und demokratische Gesellschaft' zu komplementären Empfehlungen. Ihre Studie unternimmt einen Vergleich der Praktiken demokratischer Kontrolle von staatlichen Bürokratien durch die Regierung, das Parlament oder die Bürger in den USA, England, Australien und der Bundesrepublik. Für die Bundesrepublik konstatiert Schäfer „die größten strukturellen Defizite“ (184) bei der Verwaltungskontrolle. Aufgrund des hohen Stellenwerts des Rechtswesens fühlten sich Parlament und Regierung nicht zuständig, sondern überließen die Verwaltungskontrolle dem Bundesrechnungshof, den Gerichten und in bestimmtem Umfang Interessengruppen. Zu ihren Reformvorschlägen gehört nicht nur, das Repertoire von Verwaltungskontrollen aus den anderen Ländern vollständig auszureizen. Sie plädiert des weiteren für einen Übergang vom bestehenden „Feuerwehralarmsystem“ (174) zu „systematischen Polizeistreifenfahrten“ (175) in der Verwaltungskontrolle. Gemeint ist damit ein besserer Informationsaustausch und eine engere Zusammenarbeit zwischen Bürokratie und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Öffentliches Verwaltungshandeln stünde mit dem Einbezug von Sekundärbürgerschaft nicht nur unter permanenter Supervision, sondern sei letztlich auch effektiver in der Problemlösung.

Folgt man *David Held*, so eignet sich das assoziative Potential sogar, um mit dem Stichwort 'Globalisierung' überschriebene Probleme demokratisch einzufangen. Held referiert in seinem Buch 'Democracy and the Global Order' noch einmal in aller Nüchternheit den eingeschränkten Handlungsspielraum nationalstaatlicher Demokratien. Seine Antwort dar-

auf, wie demokratische Grundprinzipien in der Realität einer globalen Weltgesellschaft entgegen den Befürchtungen von Guéhenno erhalten werden könnten, lautet „Cosmopolitan Democracy“. Die Kosmopolitische Demokratie verlangt einen (von einer stärkeren UNO garantierten) minimalen Kodex liberaler Grundrechte, der von allen Staaten anerkannt werden muß. Ziel ist keine einheitliche Weltstaatstruktur, sondern ein Gebilde „between the principles of federalism and confederalism“ (230). Je nach der Reichweite der Entscheidungsmaterie sollen neue staatenübergreifende Körperschaften mit Entscheidungskompetenz gebildet werden können. Den „agencies, associations and organizations of the economy and civil society“ (268) kommen in diesem Modell die Rollen eines Signalsystems, einer Problemlösungshilfe und eines kontextsensiblen Implementationssystems zu. Manche der Überlegungen Helds mögen zu optimistisch oder gar utopisch klingen. Angesichts der Zahl an Untergangsszenarien, die der Demokratie mit Hinweis auf die Globalisierung derzeit gewidmet werden, schärft sie gleichwohl den Blick für die Chancen und Bedingungen der Demokratisierung internationaler und supranationaler Entscheidungsprozesse und Organisationen.

(c) Primärbürgerschaft. Noch am wenigsten sind Überlegungen gediehen, ob und wie den politischen Wahlen und Abstimmungen als den primären Einflußkanälen moderner Massendemokratien deliberative Momente eingeschrieben werden können. In einigen neuen Publikationen deutet sich allerdings an, daß die modernen Kommunikationstechnologien im Zentrum der Debatten stehen werden. Nach den eher ernüchternden Experimenten mit einer Teledemokratie in den achtziger Jahren trifft man derweil insbesondere in den USA auf eine neue Welle an Hoffnungen, die an das demokratische Potential der modernen Kommunikationstechnologie adressiert werden. Hoffnungsträger ist vor allem das Internet. Aus theoretischer Sicht ist vor allem ein Hinweis auf *Howard Rheingolds* Buch 'The Virtual Community' notwendig, weil dieser Protagonist des 'Cybercitizens' in seinem Lob der politischen Kommunikation im Internet das Habermassche Konzept netzwerkartig verknüpfter Teilöffentlichkeiten in Anspruch nimmt (271-290). Verschiedene Autoren – insbesondere aus der Internetszene – plädieren



dafür, die elektronischen Medien zur Überbrückung der Raum- und Zeitprobleme der direkten Demokratie zu nutzen. Einige von ihnen haben bereits das Ende der alten Institutionen der repräsentativen Demokratie vor Augen. *Bill Gates* läßt die Leser von 'The Road Ahead' an seinem Traum von elektronischen Stadtversammlungen und elektronischer Knopfdruckdemokratie teilhaben. Jeder Bürger könne zukünftig seine Stimme vom heimatischen PC aus abgeben<sup>4</sup>. Daß solche Ideen gar nicht so weit hergeholt sind, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der US-Staat Oregon im letzten Jahr den Gang zur Wahlurne abgeschafft und die Briefwahl obligatorisch gemacht hat. Von hier ist es nur ein kleiner Schritt zur Abstimmung per Computer. Im Zusammenhang derartiger Reformüberlegungen leistet *Richard E. Scloves* Buch 'Democracy and Technology' eine wichtige Sortierungshilfe. Scloves Fragestellung ist eigentlich nicht die Technologisierung von Demokratie, sondern umgekehrt die Demokratisierung von Technologie. Das Herzstück seines Buches sind die in den Kapiteln 4 bis 8 entwickelten „design criteria for distinguishing technologies that are compatible with democracy from those that are not“ (59). Die Liste seiner Kriterien stellt einen Rahmen zur Verfügung, innerhalb dessen sich die Frage nach dem demokratischen Modernisierungspotential der Computertechnologie sinnvoll diskutieren läßt. Zu den Kriterien zählen die Anreize für Informationen, die Möglichkeiten von Interaktion und das Potential für Dezentralisierung (119 ff.). Die Diskussion über Internet und Demokratie steht erst am Anfang. Doch die bisherigen empirischen Anhaltspunkte über die Qualität der politischen Diskurse im Netz mahnen bezüglich einer plebiszitären Revitalisierungsoption eher zur Skepsis<sup>5</sup>. Die Nutzung von Computertechnologien wird die Demokratietheorie in den nächsten Jahren verstärkt beschäftigen.

#### 6. Schluß: Krise und Wandel der Demokratie

Demokratie bedeutet kollektive Selbstbestimmung. Damit ist gemeint, daß die Entscheidungen eines politischen Gemeinwesens nach den Vorstellungen seiner Bürger autonom getroffen werden sollen. Eine solche demokratische Autonomie ruht auf zwei Voraussetzungen.

Die erste lautet, daß die Willensbildung unabhängig und frei von internen Restriktionen erfolgen kann; die zweite, daß es auch möglich ist, diesen Willen frei von externen Restriktionen umzusetzen. Die gegenwärtigen Krisenszenarien speisen sich daraus, daß sie unter den Stichworten 'Aushöhlung' und 'Globalisierung' die empirische Geltung beider Voraussetzungen für nicht gegeben ansehen. Anders als in den siebziger Jahren fehlt den Krisendiagnosen heute der utopische Gehalt. Vor fünfundzwanzig Jahren vertrauten die Krisentheoretiker Hölderlins Diktum, wonach dort, wo Verzweiflung sei, auch Rettung nahe. Die kulturkritischen wie die politologischen Demokratiediagnosen der neunziger Jahre haben dieses Vertrauen in das kreative Moment der Zuspitzung verloren. Es scheint eher umgekehrt, als eröffne sich ein Trade-off zwischen der Dramatik in der Krisendeutung auf der einen und der Hilflosigkeit demokratischer Reformvorschläge auf der anderen Seite. So nimmt sich das angebotene Problemlösungspotential im Verhältnis zu den in den Diagnosen aufgetürmten Problebergen auf den ersten Blick eher bescheiden aus. Die Bilanz der eingangs mit der Formel 'Demokratisierung der Demokratietheorie' überschriebenen zweifachen Ausweitung des demokratietheoretischen Feldes fällt ambivalent aus. Angesichts der nicht zu übersehenden Ratlosigkeit der vergleichenden empirischen Demokratieforschung kommt den zeitdiagnostischen Essays zweifellos das Verdienst der prägnanten Artikulation von Krisenerfahrungen zu. Die normative Demokratietheorie kann daraus gleichwohl allenfalls ihre Fragen und Anregungen beziehen. Gegenüber normativen Demokratietheorien, denen Fragen der Übersetzung ihres Programms in die politische Realität nicht gleichgültig sind, stößt das Genre der essayistischen Demokratiediagnose an eng gesteckte Grenzen. Für solche Zwecke erweist sich jedoch der Blick in Arbeiten, in denen ausgehend von konkreten Politikfeldanalysen oder institutionellen Mechanismen zu Grundsatzfragen der Demokratietheorie aufgeschlossen wird, als hilfreich. Zugleich gewährt er einen gewissen Schutz vor totalisierenden Krisendeutungen. Denn möglicherweise handelt es sich zumindest bei einigen der als krisenhaft wahrgenommenen Phänomene eher um die Momente eines Ablösungsprozesses von einer parlamentarischen Demokratie im Rahmen eines hierarchischen Mo-

dells staatlicher Steuerung hin zu einer im Sinne der 'Sekundärbürgerschaft' zu deutenden „assoziationspolitischen Modernisierung“<sup>6</sup> der Demokratie im Rahmen eines horizontalen Beziehungsmusters zwischen gesellschaftspolitischen Akteuren.

#### Anmerkungen:

- 1 Vgl. zu dieser These auch den vorzüglichen Überblick über die Ergebnisse der komparativen Demokratieforschung von Manfred G. Schmidt: *Demokratietheorien*. Opladen 1995: Leske + Budrich.
- 2 Vgl. Steven A. Holmes: *Broad Poll of The Public on Politics*. In: *New York Times* vom 3. Dezember 1995, Seite A 37.
- 3 Vgl. Joshua Cohen/Joel Rogers: *Secondary Associations and Democratic Governance*. In: *Politics and Society* 20 (1992), 393-472.
- 4 *Bill Gates: The Road Ahead*. New York 1995. Seite 271.
- 5 Vgl. Hubertus Buchstein: *Bittere Bytes. Cyberbürger und normative Demokratietheorie*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Heft 4 (1996).
- 6 Vgl. Rainer Schmalz-Bruns 1995: *Reflexive Demokratie*. Baden-Baden: Nomos. Seite 224f.

#### Besprochene Literatur:

- Jeffrey Abramson: We, the Jury. The Jury System and the Ideal of Democracy*. New York: Basic Books 1995. 308 S., \$ 22,50.
- James David Barber: The Book of Democracy*. New Jersey: Prentice Hall 1995. 470 S., \$ 22,95.
- Zwi Batscha: Eine Philosophie der Demokratie*. Thomas G. Masaryks Begründung der neuzeitlichen Demokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1994. 276 S., DM 22,80.
- Ronald Beiner (Hg.): Theorizing Citizenship*. New York: State University of New York Press 1995. 335 S., \$ 22,-.
- Anthony H. Birch: The Concepts and Theories of Modern Democracy*. London/New York: Routledge 1995. 260 S., £ 12,99.
- Pascal Bruckner: Die demokratische Melancholie*. Hamburg: Junius Verlag 1992. 196 S., DM 28,-.

- John W. Chapman, Ian Shapiro (eds.): Democratic Community. Nomos XXXV*. New York: New York University Press 1994. 451 S., \$ 45,-.
- David Copp, Jean Hampton, John E. Roemer (eds.): The Idea of Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press 1995. 450 S., \$ 18,95.
- John Dunn (ed.): Democracy. The Unfinished Journey (508 BC to AD 1993)*. Oxford: Oxford University Press 1993. 290 S., £ 18,-.
- Jean Bethke Elstain: Democracy on Trial*. New York: Basic Books 1995. 153 S., \$ 20,-.
- James S. Fishkin: The Voice of the People. Public Opinion and Democracy*. New Haven: Yale University Press 1995. 204 S., \$ 20,-.
- Jürgen Gebhardt, Rainer Schmalz Bruns (Hg.): Demokratie, Verfassung und Nation*. Baden-Baden: Nomos 1994. 402 S., DM 78,-.
- Ernest Gellner: Conditions of Liberty. Civil Society and its Rivals*. London: Hamish Hamilton 1994. 225 S., £ 20,-.
- Jean-Marie Guéhenno: Das Ende der Demokratie*. München: Artemis und Winkler 1994. 180 S., DM 32,-.
- David Held: Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Cambridge: Polity Press 1995. 324 S., £ 13,95.
- Paul Hirst: Associative Democracy. New Forms of Economic and Social Governance*. Amherst: Massachusetts UP 1994. 222 S., \$ 16,95.
- Helen Ingram, Steven Rathgeb Smith (eds.): Public Policy for Democracy*. Washington D.C.: Brookings 1993. 274 S., \$ 16,95.
- Christopher Lasch: The Revolt of the Elites and the Betrayal of Democracy*. New York: W.W. Norton & Company 1994. 276 S., \$ 20,-.
- George E. Marcus, Russel L. Hanson (eds.): Reconsidering the Democratic Public*. University Park: Pennsylvania State University Press 1993. 478 S., \$ 22,80.
- Karl Mittermaier, Meinhard Mair: Demokratie. Die Geschichte einer politischen Idee von Platon bis heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1995. 204 S., DM 16,-.
- Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft 34 der KZfSS. Opladen 1994. 444 S., DM 98,-.



- Chantal Mouffe*: The Return of the Political. London: Verso 1993. 272 S., £ 18,85.
- Geraint Parry, Michael Moran* (eds.): Democracy and Democratization. London/New York: Routledge 1994. 298 S., £ 37,50.
- Anne Phillips*: Geschlecht und Demokratie. Aus dem Englischen übersetzt von Christel Erbacher-von Grumbkow. Hamburg: Rotbuch Verlag 1995. 280 S., DM 34,-.
- Goefrey Pridham, Tatu Vanhanen*: Democratization in Eastern Europe. Domestic and International Perspectives. London/New York: Routledge 1994. 274 S., £ 12,99.
- Adam Przeworski et al.*: Sustainable Democracy. Cambridge: Cambridge UP 1995. 142 S., \$ 14,95.
- Emanuel Richter*: Die Expansion der Herrschaft. Eine demokratietheoretische Studie. Opladen: Leske und Budrich 1994. 268 S., DM 48,-.
- Howard Rheingold*: The Virtual Community. Homesteading on the Electronic Frontier. Reading: Harper 1994. 335 S., \$ 18,95.
- Giovanni Sartori*: Demokratietheorie. Aus dem Englischen übersetzt von Herman Vetter. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1992. 616 S., DM 98,-.
- Ingeborg Eleonore Schäfer*: Bürokratische Macht und demokratische Gesellschaft. Kontrolle der öffentlichen Verwaltung – ein internationaler Vergleich. Opladen: Leske + Budrich 1994. 202 S., DM 38,-.
- Richard E. Sclove*: Democracy and Technology. New York/London: Guilford 1995. 338 S., \$ 18,95.
- Donald Wittman*: The Myth of Democratic Failure. Why Political Institutions are Efficient. Chicago: University of Chicago Press 1995. 240 S., \$ 34,50.
- Horst Zillesen, Peter Dienel, Wendelin Strubelt* (Hg.): Die Modernisierung der Demokratie. Internationale Ansätze. Opladen: Westdeutscher Verlag 1993. 328 S., DM 48,-.

## TECHNIK – UND WAS MACHT DIE POLITIK?

*Nils C. Bandelow, Klaus Schubert*

Auf dem 1985er Kongreß der DVPW in Bochum wurde die 'Macht der Technik' in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Abhandlungen gestellt. Ziel des Kongresses war es, den Faktor Technik als Gegenstand politikwissenschaftlicher Analyse zu etablieren und zur prospektiven politikwissenschaftlichen Aufgabe zu machen: „Problemlagen und Entwicklungen, die mit der Technik zu tun haben, durch sie bedingt sind und die politischer Gestaltung und Führung bedürfen mit den der Politikwissenschaft eigenen Analysekr Kriterien ... und den ihr eigenen Fragestellungen zu erschließen.“ (Hartwich 1985: 10) Heute – elf Jahre später – wird sowohl in der Technologiepolitik als auch in der politikwissenschaftlichen Reflexion technologischer Entwicklungen ein Paradigmenwechsel konstatiert (*Aichholzer/Schienstock; Martinsen/Simonis*). Aufgabe dieser Rezension ist es, die zwischenzeitlich entstandene Ausdifferenzierung politikwissenschaftlicher Technikforschung zu skizzieren und zu zeigen, in welchem Maße die aktuelle Technikforschung bereits von ihren unmittelbaren Vorläufern gelernt hat. Unsere übergreifende These ist, daß die beiden ursprünglich separaten Forschungsstränge – soziologisch-praxisorientierte Technikfolgenabschätzung und politikwissenschaftliche Techniksteuerungsdebatte – zunehmend Anknüpfungspunkte und Gemeinsamkeiten entdecken lassen.

### 1. Paradigmenwechsel in der Technologiepolitik?

Die Technologiepolitik wurde in den 80er Jahren zunehmend mit ökonomischen Problemen und Fragen nach den ökologischen und sozialen Folgen konfrontiert. Dies ist die Grundlage einer internationalen Debatte über einen Paradigmenwechsel in der Technologiepolitik. Ausgangspunkt ist der sogenannte Sundquist-Report der OECD (1988) in dem eine internationale Expertengruppe eine sozio-ökonomische Strategie der Politik fordert, die die vielfältigen Interdependenz zwischen techni-

schen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen ausreichend berücksichtigt. Ist der geforderte grundlegende technologiepolitische Wandel inzwischen eingetreten, oder gibt es den Paradigmenwechsel bisher nur in der wissenschaftlichen Reflexion der Technologiepolitik?

*Simonis* (Martinsen/Simonis) greift die Mehrdeutigkeit des Begriffs 'Paradigmenwechsel' auf. Er verbindet seine empirische Analyse der Technologiepolitik in Deutschland mit der Forderung, auch in theoretischer Hinsicht einen Paradigmenwechsel zu vollziehen. Das hierarchische Steuerungsverständnis der 70er Jahre ist nicht mehr haltbar. Wesentliche Ursachen sind die Zunahme der beteiligten Akteure und damit verbunden der Wandel zu interaktiven Steuerungsformen (Verhandlung, Kooperation) z.B. als Folge der europäischen Integration sowie die Ausweitung der Steuerungsziele (neben der Technologieförderung auch z.B. die Technikkontrolle).

Neben diesem Band, auf den später noch eingegangen wird, greift auch der Sammelband von *Aicholzer/Schienstock* das von der OECD induzierte Thema auf. Der Band enthält Beiträge internationaler Experten, die mehrheitlich anhand von Fallstudien aus ihren Herkunftsländern die Frage des 'Paradigmenwechsels' empirisch untersuchen. Die ersten vier Beiträge des lesenswerten Buches bieten theoretische Ansätze, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen sozial- und umweltorientierter Technologiepolitik befassen.

*Schienstock* sieht im Wandel von unmittelbarer staatlicher Kontrolle zur indirekten oder Kontextkontrolle des Staates einen technologiepolitischen Paradigmenwechsel. Wichtigstes Ziel 'traditioneller' Forschungs- und Technologiepolitik ist die staatliche Förderung wirtschaftlichen Wachstums. Die direkte Technologieförderpolitik wird von ebenfalls direkten regulativen Maßnahmen begleitet. Diese Form staatlich-hierarchischer Steuerung ist aber nicht geeignet, ökologische und soziale Ziele zu erreichen. Die staatliche Regulation neuer Technologien steht unter ökologischen Aspekten vor dem Problem, daß man die Gefahren neuer Technologie nicht konkret benennen kann. Hinzu kommt, daß sich Forschungsergebnisse als weltweit öffentliches Gut nicht durch Nationalstaaten kontrollieren lassen. Auch die direkte Steuerung durch supranationale Organisationen, etwa die Europäische Union, ist problematisch, da solche Organisationen oft

andere Interessen als die Einzelstaaten verfolgen. Der Vorschlag, den Umweltschutz über eine Verteuerung von umweltgefährdenden Produkten zu fördern ist ebenfalls kaum realisierbar, da sich Umweltschäden oft nicht materiell quantifizieren lassen und oft unumkehrbar sind.

Die 'moderne' Forschungs- und Technologiepolitik versucht, diesen Problemen gerecht zu werden. Der Staat tritt nicht mehr als zentraler Akteur auf, sondern wirkt lediglich koordinierend und unterstützend, indem er z.B. die Infrastruktur für Selbstregulierungsprozesse stellt. Die direkte staatliche Kontrolle wird somit von einer Kontextkontrolle abgelöst. In der politischen Realität finden sich sowohl Elemente 'traditioneller' als auch 'moderner' Forschungs- und Technologiepolitik. Beide Formen sind Idealtypen, die bei Schienstock dazu dienen, die realen Entwicklungen besser zu fassen.

Im Anschluß an diesen Eröffnungsbeitrag folgen drei weitere Artikel, in denen die Möglichkeiten und Grenzen technologiepolitischer Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte diskutiert werden. Der überwiegende Teil der insgesamt 15 Beiträge befaßt sich am Beispiel einzelner OECD-Staaten bzw. spezieller technologiepolitischer Programme mit Ausmaß und Form der bestehenden sozialen und ökologischen Orientierung in der Technologiepolitik.

Besonders interessant ist angesichts der anhaltenden Diskussion um das 'Vorbild Japan' der Beitrag von *Kawasaki* zur Entwicklung der japanischen Forschungs- und Technologiepolitik nach 1945. Bis Mitte der 80er Jahre war die japanische Wissenschafts- und Technologiepolitik eng mit der Wirtschaftspolitik verknüpft. Wissenschaft und Technologie wurden als Werkzeuge zur Lösung sozialer und ökonomischer Probleme gesehen. *Kawasaki*, der im Ministry of International Trade and Industry (MITI) beschäftigt war, zeigt, daß die früheren administrativen Strukturen der japanischen Technologiepolitik sehr erfolgreich waren. Seit den 80er Jahren hat sich jedoch ein bedeutender Wandel vollzogen. Die staatliche Technologiepolitik hat ihre engen Verknüpfungen zur Industriepolitik aufgegeben und verfolgt andere Ziele. Japan ist heute aufgrund des internationalen Wettbewerbs zu erheblichen Anwendungen im Bereich der Grundlagenforschung gezwungen. Angesichts dieses Wandels in der Technologiepolitik erscheint frag-



## Politische Vierteljahresschrift

	Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (Zitierweise PVS)
Gegründet	im Auftrag der Vereinigung von Karl Dietrich Bracher, Gert von Eynerst, Otto Heinrich von der Gablentz, Gerhard Leibholz, Dolf Sternberger
Herausgegeben	vom Vorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft
Redaktion	Prof. Dr. Monika Medick-Krakau, Dresden; Prof. Dr. Herfried Münkler, Berlin; Prof. Dr. Wolfgang Seibel, Konstanz
Anschrift und Geschäftsführung der Redaktion	Prof. Dr. Wolfgang Seibel, Universität Konstanz, Fakultät für Verwaltungswissen- schaft, Universitätsstraße 10, 78434 Konstanz, Tel.: 07531/88-2183, Fax: 07531/88-2601; e-mail: wolfgang.seibel@uni-konstanz.de Dr. Patrick Kenis (Redaktion), Tel.: 07531/88-2084; Susanne Strehle (Redaktions- assistenz), Tel.: 07531/88-2991, e-mail: susanne.strehle@uni-konstanz.de
PVS-Literatur	Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakul- tät II, Institut für Politikwissenschaft, Unter den Linden 6, D-10099 Berlin, Tel.: 030/20 93-1424 Anja Fasch, Ingo Kollosche, (Redaktionsassistenten), Tel.: 030/20 93-1423 oder -1424; e-mail: PVS@rz.hu-berlin.de
Vorstand	Gremien der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft Prof. Dr. Michael Th. Greven, Hamburg (Vorsitzender); Prof. Dr. Christine Land- fried, Hamburg (Stellvertreterin); Prof. Dr. Jürgen Falter, Mainz (Stellvertreter); Prof. Dr. Jürgen Gebhardt, Erlangen; Prof. Dr. Everhard Holtmann, Halle; Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann (IPSA-Vertreter), Berlin; Prof. Dr. Beate Kohler-Koch, Mannheim, Prof. Dr. Gesine Schwan, Berlin; Prof. Dr. Wolfgang Seibel, Konstanz (PVS-Redaktion)
Geschäftsführung	Felix W. Wurm, Dipl. Soz. Wiss., MA (USA), Residenzschloß, Am Marktplatz 15, D-64283 Darmstadt, Tel.: 06151/163197; Fax: 06151/162397
Beirat	Dr. Hubertus Buchstein, Berlin; Prof. Dr. Gerhard Lehbruch, Konstanz; PD Dr. Ulrike Liebert, Heidelberg; Dr. Birgit Sauer, Berlin; Prof. Dr. Dieter Segert, Berlin; Prof. Dr. Wolfram Wallraf, Potsdam; Prof. Dr. Ulrich Widmaier, Bochum

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen  
der Bertelsmann Fachinformation.

© 1997 by Westdeutscher Verlag GmbH,  
Opladen

Bezugsbedingungen 1997: Jährlich erscheinen 4  
Quartalshefte der PVS mit PVS-Literatur und 1  
Sonderheft. Jahrgangsumfang ca. 730 S. Einzel-  
heft DM 38,-/ÖS 277,-/sFr 35,-, Jahresabonne-  
ment DM 138,-/ÖS 1007,-/sFr 122,-, ermäßigter  
Abonnementpreis für Studierende mit Studienbe-  
scheinigung DM 104,-/ÖS 759,-/sFr 92,50 (je-  
weils zuzüglich Versandkosten). Die Bezugsge-  
bühren enthalten den gültigen Mehrwertsteuer-  
satz. Alle Bezugspreise und Versandkosten un-  
terliegen der Preisbindung.

Das Sonderheft des laufenden Jahrgangs wird je  
nach Umfang berechnet und den Jahresabon-  
nenten bei Bezug im Jahr des Erscheinens zu  
einem Vorzugspreis geliefert.

Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor  
Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.  
Redaktionelle Zuschriften werden an die PVS-  
Redaktion, Büchersendungen und Rezensionen  
an die Redaktion der PVS-Literatur erbeten.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten  
Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtig-  
keit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbe-  
stände.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte über-  
nehmen Redaktion und Verlag keinerlei Haftung.  
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzel-  
nen Beiträge und Abbildungen sind urheber-  
rechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen  
des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung  
des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt  
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzun-  
gen, Mikroverfilmungen und die Speicherung  
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Verlag: Westdeutscher Verlag GmbH, Postfach  
58 29, D-65048 Wiesbaden. Leserservice (0611)  
7878-151, Telefax (0611) 7878-423, Abonnen-  
tenservice (055241) 80 19 67; Vertrieb/ Anzei-  
gen (0611) 7878-389.

Geschäftliche Zuschriften, Anzeigenaufträge usw.  
nur an den Verlag. Über unsere Homepage  
[http://www.fachinformation.bertelsmann.de/  
verlag/bfw/homepage.htm](http://www.fachinformation.bertelsmann.de/verlag/bfw/homepage.htm)

können Sie sich über den Verlag und das Pro-  
grammangebot informieren.

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. Juli  
1996.

Satz: ITS Text und Satz GmbH, Herford  
Druck: Lengericher Handelsdruckerei, Lengerich  
Gedruckt auf säurefreiem Papier.

Printed in Germany  
ISSN 0032-3470  
ISBN 3-531-12844-2

## POLITISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT

38. Jahrgang

Heft 1

März 1997

### INHALT

EDITORIAL	1
-----------	---

### ABHANDLUNGEN

<i>Dieter Urban / Joachim Singelmann</i> Politische Wertorientierung bei ostdeutschen Jugendlichen. Politische So- zialisierung als autoregressiver Prozeß	5
<i>Gert Pickel / Dieter Walz</i> Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Aus- prägungen	27
<i>Christiane Lemke</i> Protestverhalten in Transformationsgesellschaften	50
<i>Ekkart Zimmermann</i> Protest- und Gewaltbereitschaft in Ostdeutschland	79

### MITTEILUNGEN

„Demokratie auf dem Prüfstand“ Bericht zur Tagung „Zwischen Triumph und Krise. Zum Zustand der libe- ralen Demokratie nach dem Zusammenbruch der Diktaturen in Osteuropa“ vom 28.11.–1.12.1996 in Halle	114
Preis der Schader-Stiftung '97 zum Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit	118
„Gesellschaftswissenschaften in der Medienöffentlichkeit“ – Bericht über ein Projekt der Schader-Stiftung	119
ERRATUM	121